

Inhaltsverzeichnis

bezirksbezogene Anträge		1
A03/I/2018	AfA Mitte	
Durchführung einer KDV mit dem Themeninhalt – „Forderungen der SPD an die Arbeitswelt von heute“		1
.....		
A15/I/2018	Abt. 05 (Tiergarten-Süd)	
Bearbeitungszeiten im Standesamt Mitte verkürzen!		2
.....		
A17/I/2018	Jusos Mitte, ASF Mitte	
Sexismus innerparteilich bekämpfen: Einführung der Anti-Sexismus-Kommission auf Kreisebene!		3
.....		
A19/I/2018	Jusos Mitte	
Ein neuer Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten in Berlin		11
.....		
Anträge an den Landesparteitag		13
A02/I/2018	Abteilung 02 (Alexanderplatz)	
Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren		16
.....		
A04/I/2018	Abt. 15 (Gesundbrunnen)	
Änderungsantrag zum Impulspapier: Sicherheitspolitik in Berlin		16
.....		
A05/I/2018	Abt. 08 (Alt-Moabit)	
Höhere Sicherheit und Senkung von Schadstoff- und Lärmbelastung: Tempo 30 auch tagsüber in der gesamten Levetzowstraße		17
.....		
A06/I/2018	Abt. 15 (Gesundbrunnen)	
Zum Schutz Aller – Impfquoten erhöhen		18
.....		
A07/I/2018	Abt. 15 (Gesundbrunnen)	
Sozialverträgliche Entsorgungsmöglichkeiten für Sperrmüll schaffen		20
.....		
A08/I/2018	Abt. 08 (Alt-Moabit)	
Ein Zeichen für die Demokratie setzen: 9. November als gesetzlicher Feiertag in Berlin		21
.....		
A09/I/2018	Abt. 07 (Bellevue)	
Europatag zum Feiertag werden lassen!		23
.....		
A10/I/2018	Abt. 07 (Bellevue)	
Vermeidung von Doppelfunktionen		24
<i>bereits abgelehnt auf KDV II/2017</i>	
A11/I/2018	ASF Mitte	
§ 219a StGB jetzt abschaffen – für Informationsfreiheit und sexuelle Selbstbestimmung		25
.....		
A12/I/2018	Abt. 16 (Grünes Dreieck)	
Streichung §219a StGB		26
.....		
A13/I/2018	Abt. 16 (Grünes Dreieck)	
Kleinere Geburtskliniken nicht schließen!		27
.....		

A14/I/2018	Abt. 16 (Grünes Dreieck)	
Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impfpflicht in Deutschland einführen!		
.....		28
A16/I/2018	Jusos Mitte	
Für einen sozial-ökologischen Wandel – Braunkohleausstieg schrittweise einleiten!		
.....		29
A18/I/2018	Jusos Mitte	
“Mein Körper geht nur mich etwas an!": Stop Fatshaming!		
.....		34
A20/I/2018	Jusos	
Weg mit § 219a – Für medizinische Informationsfreiheit und die Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung		
.....		40

bezirksbezogene Anträge

1 **A03/I/2018**

2 **AfA Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Durchführung einer KDV mit dem Themeninhalt –**
6 **„Forderungen der SPD an die Arbeitswelt von heute“**

7 Im Herbst 2018 führt die SPD eine Kreisdelegierten-
8 versammlung durch, die unter dem Hauptthema
9 „Arbeit“ steht. Dies bedeutet, dass neben geeigneten
10 Gastredner*innen, wenn möglich ausschließlich An-
11 träge zu diesem Themenbereich diskutiert werden.
12 Der geschäftsführende Kreisvorstand organisiert die
13 KDV in Absprache mit dem Kreisvorstand der AfA
14 Mitte. Die AfA Mitte wird mit der Einbringung eines
15 Leitantrages beauftragt dabei inhaltliche Vorschläge
16 aus den anderen Arbeitsgemeinschaften und den
17 Abteilungen zu berücksichtigen. Die Abteilungen und
18 Arbeitsgemeinschaften sind aufgerufen ebenfalls in
19 Vorbereitung auf die KDV ebenfalls themenspezifische
20 Anträge zu schreiben.

21

22 **Begründung**

23 Auf den vergangenen KDV ´en lag der Focus auf orga-
24 nisatorische Aspekte. In Folge dessen ist die inhaltliche
25 Debatte zu kurz kommen. Daher wäre der Herbst 2018
26 günstig für eine „inhaltliche“ KDV, wie sie bereits in
27 der Vergangenheit, z.B. zum Thema Digitalisierung,
28 stattgefunden hat.

29 Die SPD muss, auch als einstige „Arbeiterpartei“, sich
30 wieder stärker positionieren, um ihre Wähler*innen aus
31 der Arbeiterschaft zurückzugewinnen. Dies zeigt u. a.
32 die Debatte zur Arbeitszeitregulierung – mit der For-
33 derung der Arbeitgeber*innen der Abschaffung des 8-
34 Stunden-Tages. Gerade für Berufsanfänger*innen sind
35 auch öffentliche Diskussionen über die Ansprüche an ei-
36 ne gute Arbeit wichtig wie u.a. Befristungen, Tarifbin-
37 dung. Hierfür ist es unumgänglich die Meinung in der
38 Partei zu bündeln, Klarheit zu schaffen und die mora-
39 lischen Grundpfeiler unserer heutigen sozialen Markt-
40 wirtschaft zu klären und zu erneuern. Auch die Be-
41 reitschaft der Parteimitglieder und der (jungen) Arbeit-
42 nehmerinnen und Arbeitnehmer zur Teilnahme in der
43 Gewerkschaftsbewegung ist zu fördern. Daher soll die
44 KDV genutzt werden Verbindungen zu den örtlichen
45 Gewerkschaften auszubauen und einen Impuls für eine
46 zukünftig intensivierete Zusammenarbeit setzen.

1 **A15/I/2018**

2 **Abt. 05 (Tiergarten-Süd)**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Bearbeitungszeiten im Standesamt Mitte verkürzen!**

6 Die Bezirksverordneten der SPD-Fraktion in der
7 Bezirksverordnetenversammlung Mitte, das sozialde-
8 mokratische Mitglied des Bezirksamts Mitte sowie die
9 Mitglieder der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordne-
10 tenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des
11 Berliner Senats werden aufgefordert, darauf hinzuwir-
12 ken, dass die Bearbeitungsdauer für Erstaussfertigungen
13 von Geburtsurkunden umgehend beschleunigt wird,
14 damit die Bearbeitung der Geburtsurkunde innerhalb
15 von zwei Wochen nach Antragstellung gewährleistet
16 ist.

17

18 **Begründung**

19 Eltern stehen nach der Geburt ihres Kindes vor zahl-
20 reichen Herausforderungen. Neben der Aufgabe, das
21 Familienleben neu zu strukturieren, kommen für die
22 jungen Familien finanzielle Mehrbelastungen hinzu
23 und Einkommensverluste müssen ausgeglichen wer-
24 den. Um diesen Familien das Leben zu erleichtern,
25 wurden in Deutschland finanzielle Leistungen wie
26 z.B. das Mutterschaftsgeld, das Kindergeld und das
27 Elterngeld Plus eingeführt.

28 Um Anträge für diese Leistungen zu stellen, ist die Ge-
29 burtsurkunde des Kindes unerlässlich. Eine Geburtsur-
30 kunde in Original-Ausfertigung ist außerdem für die
31 Aufnahme in die Familienversicherung notwendig. Ei-
32 ne verzögerte Ausstellung der Geburtsurkunde bedeu-
33 tet, dass Eltern diese Leistungen erst mit deutlicher Ver-
34 spätung erhalten. Im Falle des Elterngeldes kommt hin-
35 zu, dass dieses nur 3 Monate rückwirkend erstattet wird
36 und die Bearbeitung durch die Behörde ca. 5 Wochen
37 in Anspruch nimmt. Gerade für Familien mit einem ge-
38 ringen Einkommen oder für Alleinerziehende, die auf
39 kein anderes Familieneinkommen zurückgreifen kön-
40 nen, kann das zu einer existenziellen Situation führen.

41 Wie der Tagesspiegel am 16.02.2018 berichtete, ist die-
42 ser Zustand im Bezirk Mitte eine Ausnahme. „Zur Zeit
43 fehlt noch rund 600 Familien in Mitte das wichtige Do-
44 kument [...]. Zum Vergleich: In Tempelhof-Schöneberg
45 gibt es keine Rückstände, in Pankow durchschnittlich
46 80 bis 100 Fälle, in Lichtenberg 220. In Charlottenburg-
47 Wilmersdorf waren zum Stichtag 15. Januar noch 40
48 Vorgänge in Bearbeitung.“

49 Als eine soziale Partei kann die SPD nicht weiter zuse-
50 hen, wie im Bezirk Berlin Mitte Eltern durchschnittlich
51 acht Wochen auf den Erhalt der Geburtsurkunde war-
52 ten müssen. Der Mutterschutz nach der Geburt beträgt
53 acht Wochen. Somit kann Mutterschaftsgeld für die Zeit
54 nach der Geburt erst beantragt werden, wenn der Mut-
55 terschutz bereits um ist. Diese Situation ist untragbar.

1 **A17/I/2018**

2 **Jusos Mitte, ASF Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Sexismus innerparteilich bekämpfen: Einführung der**
6 **Anti-Sexismus-Kommission auf Kreisebene!**

7 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grund-
8 werte und der Kompass für das Handeln von Sozial-
9 demokratinnen und Sozialdemokraten. Als Sozialdemo-
10 kratinnen und Sozialdemokraten stehen wir für einen
11 Gesellschaftsentwurf, indem jeder Mensch die gleiche
12 Würde und die gleiche Freiheit hat selbstbestimmt zu
13 leben. Sollte es zur Einschränkung der Freiheit oder
14 Benachteiligung des Einzelnen aufgrund seiner Her-
15 kunft, seines sozialen Standes, der Hautfarbe, des Ge-
16 schlechts, der sexuellen Orientierung, der Religionszu-
17 gehörigkeit, der körperlichen Verfassung oder des Alters
18 kommen, ist es die politische Pflicht der Sozialdemo-
19 kratie Ungleichheiten zu überwinden, um die gleiche
20 Freiheit und gleiche Gerechtigkeit jedes Individuums zu
21 gewährleisten. Leider begegnet uns Diskriminierung in
22 unterschiedlicher Form und Ausprägung tagtäglich. Vor
23 allem Sexismus als eine Form der Diskriminierung ist in
24 unserer Gesellschaft und im politischen Tagesgeschäft
25 seit jeher zu beobachten. Diskriminierung in all ihren
26 Formen und Ausprägungen hat in unserer Partei und
27 in unserem Kreis keinen Platz! Wir dulden keine Form
28 von Diskriminierung und akzeptieren auch keinerlei Se-
29 xismus, weder gesamtgesellschaftlich, noch im politi-
30 schen Tagesgeschäft. Sie ist mit unseren sozialdemokra-
31 tischen Grundsätzen nicht vereinbar! Die Bekämpfung
32 sexistischer und diskriminierender Muster beginnt für
33 uns im eigenen Kreis und ist Aufgabe jeder Genossin
34 und jedes Genossen. Es ist unsere moralische Pflicht die
35 SPD und vor allem die SPD Berlin-Mitte zu einem diskri-
36 minierungsfreien und anti-sexistischen (Schutz-)Raum
37 zu gestalten.

38 **Was ist Sexismus?**

39 Sexismus ist eine aus dem Englischen kommende Paral-
40 lelbildung von Rassismus. Der Begriff beschreibt die Dis-
41 kriminierung oder Unterdrückung von Menschen auf-
42 grund ihrer Geschlechtszugehörigkeit.

43 Ursache dafür ist der Wegfall bestehender Bezugspunk-
44 te, der Identitätsprobleme und Ängste von der Destabi-
45 lisierung der Geschlechtsidentitäten hervorruft. Sexis-
46 mus ist somit immer ein wirksames Mittel, um einen
47 Machtanspruch gegenüber Menschen oder einer Men-
48 schengruppe durchzusetzen.

49 In der Psychologie wird Sexismus als Aufrechterhal-
50 tung festgeschriebener, ungleicher und diskriminieren-
51 der Rollenzuschreibungen von Frauen und Männern de-
52 finiert. Sie bezieht sich auf die geschlechtsspezifische
53 Verhaltensmuster und auf die stereotype Benachteilig-
54 ung oder Bevorzugung von Menschen aufgrund ihres
55 Geschlechts.

56 Die Soziologie betont hingegen den strukturellen As-
57 pekt des Sexismus. Hierbei ist Sexismus kulturell be-
58 dingt und institutionell verankert. Sie geht auf die Struk-

1 turellen Mechanismen eines diskriminierenden Gesell-
 2 schaftssystems ein. Zugleich analysiert sie das Ineinan-
 3 dergreifen von Sexismus mit anderen intersektionellen
 4 Unterdrückungsformen, wie der Herkunft, des sozialen
 5 Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen
 6 Orientierung, der Religionszugehörigkeit, der körperli-
 7 chen Verfassung oder des Alters. Im feministischen Dis-
 8 kurs wird es bereits als Sexismus betrachtet, wenn man
 9 von anderen erwartet oder verlangt, dass sie bestimm-
 10 te Geschlechternormen verkörpern. Verwandt mit die-
 11 sem Ansatz ist die Diskussion um die Diskriminie-
 12 rung von homosexuellen Menschen, Trans*menschen,
 13 inter*sexuellen Menschen und Menschen, die nicht in
 14 das binäre Geschlechterkonzept passen.

15 **Manifestation sexistischen Verhaltens**

16 Sexistisches Benehmen beinhaltet jede Verhaltenswei-
 17 se gegenüber Personen und Personengruppen mit sexu-
 18 ellem Bezug, die seitens der Betroffenen unerwünscht
 19 ist, die Personen aufgrund ihres Geschlechts herabwür-
 20 digen und/oder eine Nichtakzeptanz von Frauen*, Män-
 21 nern* und queeren* Menschen als gleichwertige Diskus-
 22 sionspersonen zur Konsequenz hat. Dazu gehören vor
 23 allem:

- 24 • anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkun-
 25 gen gegenüber einer Person oder Personengruppe
- 26 • sexistische Sprüche und Witze
- 27 • Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterher-
 28 pfeifen
- 29 • unerwünschte Telefon-/ Videoanrufe, Briefe, E-
 30 Mails, SMS, Chatnachrichten, Privatnachrichten in
 31 sozialen Medien mit zumindest latent sexuellen Be-
 32 zug
- 33 • Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von
 34 sexistisch-pornografischem Material
- 35 • unerwünschte Körperkontakte und wiederholt auf-
 36 dringliches Verhalten
- 37 • Annäherungsversuche, die mit Versprechen von
 38 Vorteilen oder Androhen von Nachteilen einherge-
 39 hen und das Ausnutzen von Vertrauenspositionen
 40 in diesem Zusammenhang
- 41 • Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen
- 42 • Körperliche Übergriffe, sexuelle Nötigung und Ver-
 43 gewaltigung.

44 **In der SPD Berlin-Mitte hat Sexismus keinen Platz!**

45 Sexistisches und herabwürdigendes Verhalten jeglicher
 46 Art, auch unter Mehrfachdiskriminierung, hat in der
 47 SPD Berlin-Mitte nichts zu suchen und wird von uns
 48 weder geduldet noch akzeptiert! Der Kampf gegen Se-
 49 xismus ist Aufgabe jeder Genossin und jedes Genos-
 50 sen im politischen Alltagsgeschäfts. Dies beginnt bei
 51 der selbstkritischen Reflexion des eigenen Vorgehens
 52 sowie Umgangs mit anderen und beinhaltet nicht zu-
 53 letzt auch, dass das Auftreten sexistischen Verhaltens
 54 als solches identifiziert und angesprochen wird. Von uns
 55 allen muss ein Gesprächs- und Arbeitsklima geschaffen
 56 und aufrecht erhalten werden, dass sexistische Bemer-
 57 kungen nicht als Gruppenverhalten legitimiert, sondern
 58 nicht duldet und Betroffene schützt.

59 Einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Sexis-

1 mus leistet die politische Bildungsarbeit. Durch die
2 zur Verfügung gestellten Bildungsangebote, sollen den
3 Genoss*innen die Grenzen des Sexismus deutlich ge-
4 macht werden. Wichtige Bausteine hierfür bilden vor
5 allem die vor Ort stattfindenden Neumitgliedersemi-
6 nare, Mitgliederversammlungen, Abteilungssitzungen,
7 Vorstandssitzungen und Seminare zur politischen Schu-
8 lung oder Weiterbildung.

9 **Die Anti-Sexismus-Kommission**

10 Die Anti-Sexismus-Kommission ist ein unabhängiges
11 Gremium, dass bei der politischen Bildungsarbeit und
12 der Bekämpfung von Sexismus in der SPD Berlin-Mitte
13 eine entscheidende Rolle einnehmen wird. Sie wird auf
14 der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Mitte
15 für zwei Jahre gewählt. Die Kreisdelegiertenversamm-
16 lung (KDV) legt die Zusammensetzung der Kommission
17 fest. Bei der Wahl der Kommissionsmitglieder achtet die
18 KDV darauf, dass Frauen* und Männer* gleichermaßen
19 vertreten sind. Die Kommissionsmitglieder müssen fol-
20 gende Anforderungen erfüllen:

- 21 • Die Mitglieder der Anti-Sexismus-Kommission dür-
22 fen nicht dem Kreisvorstand der SPD Berlin-Mitte
23 angehören. Es ist wünschenswert, dass sie mög-
24 lichst unabhängig sind und keine Doppelämter in-
25 nehaben. Die Kommission soll ausgewogen aus ak-
26 tuell aktiven, ehemals und weniger aktiven Mitglie-
27 dern besetzt werden, die die Vielfalt des Kreises
28 widerspiegeln. Voraussetzung ist, dass die Mitglie-
29 der die Strukturen des Kreises und darüber hinaus
30 die Strukturen der gesamten SPD kennen. Bereits
31 zu ihrer Wahl sollen die Mitglieder über Gender-
32 und Vermittlungskompetenzen verfügen. Im Ideal-
33 fall weisen sie auch über Kenntnisse der Mediation
34 auf.
- 35 • Neben Sexismus müssen den Mitgliedern weitere
36 Formen von Diskriminierung bekannt sein.
- 37 • Das Gremium wird vom Kreisvorstand und Kreis-
38 büro unter strenger Wahrung ihrer Unabhängigkeit
39 unterstützt. Insbesondere zählen hierzu die Finan-
40 zierung ihrer politischen Arbeit, ihrer Öffentlich-
41 keitsarbeit und die Vorbereitung sowie Organisati-
42 on von Weiterbildungsmaßnahmen im Kreis, in den
43 Abteilungen, in den Arbeitsgemeinschaften und -
44 kreisen.

45 **Aufgaben und Umgang bei innerparteilichen Vorfällen**

46 Grundsätzlich werden alle Personen, die sich an die
47 Kommissionsmitglieder wenden, von diesen respektiert
48 und ernst genommen. Alles was an die Kommissions-
49 mitglieder herangetragen wird, obliegt der Schweige-
50 pflicht.

51 Die Aufgaben der Anti-Sexismus-Kommission lassen
52 sich in zwei Aufgabenbereiche untergliedern:

- 53 • Als Expertin und Ansprechperson steht sie zum ei-
54 nen der gesamten SPD Berlin-Mitte bei der Sensi-
55 bilisierungsarbeit vor Ort zur Verfügung. Kontinu-
56 ierlich arbeitet sie an der Ausarbeitung von Maß-
57 nahmen zur Bekämpfung von Sexismus und se-
58 xistischem Verhalten. Über ihre öffentliche Arbeit
59 berichtet sie halbjährlich dem geschäftsführenden

- 1 Kreisvorstand.
- 2 • Wenn es im Kreis zu sexistischen und mehrfach
- 3 diskriminierenden Vorfällen kommt, steht die Anti-
- 4 Sexismus-Kommission zum anderen Betroffenen
- 5 als vertrauliche Anlaufstelle zur Verfügung. Das
- 6 Gremium unterstützt die Betroffenen mit dem Ziel,
- 7 die unerwünschte(n) Verhaltensweise(n) sofort zu
- 8 unterbinden. Wenn die Betroffenen es wünschen
- 9 und es die Umstände zulassen, bemüht sich die
- 10 Kommission um ein vermittelndes Gespräch, um
- 11 Verhaltensänderungen herbeizuführen und Miss-
- 12 verständnisse auszuräumen. Zudem informiert das
- 13 Gremium die Betroffenen über mögliche weitere
- 14 Schritte. Die betroffene Person oder die Personen-
- 15 gruppe allein entscheidet darüber, ob es ein Verfah-
- 16 ren gibt und auf welche Art und Weise dieses einge-
- 17 leitet werden soll. Jede Entscheidung, die von den
- 18 Betroffenen gefällt wird, wird von den Mitgliedern
- 19 der Kommission akzeptiert und respektiert. Dar-
- 20 über hinaus ist es möglich, dass Betroffene einem
- 21 Kommissionsmitglied ihres Vertrauens ihren Vorfall
- 22 mitteilen – ohne dass die gesamte Anti-Sexismus-
- 23 Kommission von dem Vorfall erfährt.

24 **Aufgaben und Pflichten des Kreisvorstandes**

- 25 • Vor jeder Wahl muss der Kreisvorstand der SPD
- 26 Berlin-Mitte eine Vorstellungsrunde organisieren,
- 27 in der die Kandidierenden sich im gesamten Kreis
- 28 um ihr Vertrauen werben.
- 29 • Unter strenger Wahrung ihrer Unabhängigkeit,
- 30 wird der Kreisvorstand und das Kreisbüro die Anti-
- 31 Sexismus-Kommission unterstützen. Insbesondere
- 32 zählen hierzu die Finanzierung ihrer politischen Ar-
- 33 beit, ihrer Öffentlichkeitsarbeit und die Organisati-
- 34 on und Durchführung von Schulung- und Weiterbil-
- 35 dungsmaßnahmen für den gesamten Kreis.
- 36 • In den ersten drei Monaten nach der Wahl, wird den
- 37 Kommissionsmitgliedern vom Kreisbüro eine exter-
- 38 ne Schulung bereitgestellt. Die Maßnahme soll die
- 39 Mitglieder bei der Erarbeitung ihrer politischen Ar-
- 40 beit unterstützen. Zudem soll sie die Mitglieder da-
- 41 zu befähigen, Schulungs- und Weiterbildungsange-
- 42 bote für die Gliederungen des Kreises zu entwerfen.
- 43 • Neben der Anti-Sexismus-Kommission ist es die
- 44 Pflicht des Kreisvorstands Sexismus sowie sexisti-
- 45 sches Verhalten innerparteilich zu bekämpfen. Der
- 46 Kreisvorstand muss seinen Gliederungen mit Bei-
- 47 spiel voran gehen und innerhalb von sechs Mo-
- 48 naten nach der Wahl des Gremiums, einen anti-
- 49 sexistischen Sensibilisierungskurs absolvieren.
- 50 • Daneben ermutigt und unterstützt der Kreisvor-
- 51 stand seine Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften
- 52 und Arbeitskreise mit Rat und Tat bei der anti-
- 53 sexistischen Aufklärungsarbeit vor Ort unterstüt-
- 54 zen.

55 **Innerparteiliche Kommunikation der SPD Mitte zum**

56 **Umgang mit Sexismus und sexueller Belästigung**

57 **§1 Zielsetzung**

58 Die innerparteiliche Kommunikation hat zum Ziel, alle

59 Mitglieder der SPD Berlin-Mitte in ihrer Würde und per-

1 sönlichen sowie körperlichen Unversehrtheit zu schüt-
2 zen. Sexuelle Belästigung verletzt die Würde und die
3 Freiheit einer Person oder einer Personengruppe und
4 wird in der SPD Berlin-Mitte nicht geduldet. Sexismus,
5 sexuelle Belästigung und weitere Formen der Diskri-
6 minierung behindern die Chancengleichheit in der po-
7 litischen Arbeit und beeinträchtigen die Freiheit, das
8 Engagement, die Zusammenarbeit und die politische
9 Arbeit. Ziel der innerparteilichen Kommunikation ist
10 es, eine gleichberechtigte und diskriminierungsfreie
11 Diskussions- und Gesprächsgrundlage für alle Mitglie-
12 der unabhängig von Geschlecht oder sexueller Neigung
13 zu gewährleisten.

14 **§2 Geltungsbereich**

15 (1) Die innerparteiliche Kommunikation gilt innerhalb
16 der SPD Berlin-Mitte im Rahmen der politischen Arbeit
17 und dem gesamtgesellschaftlichen Miteinander. Sie ist
18 Teil der Politikkultur der SPD.

19 (2) Alle Mitglieder der SPD Berlin-Mitte sind dazu aufge-
20 fordert, die persönlichen Grenzen im zwischenmensch-
21 lichen Kontakt, auf die Personen Anspruch erheben, zu
22 respektieren. Zugleich sollen Mitglieder, die sich sexu-
23 ell belästigt oder in sexualisierter Weise mehrfach dis-
24 kriminiert fühlen, ermutigt werden, der belästigenden
25 Person unmissverständlich ihr Unbehagen zu zeigen
26 und damit selbst Grenzen zu setzen.

27 **§3 Definition**

28 (1) Als sexuelle Belästigung gilt jede Verhaltenswei-
29 se mit sexuellem Bezug, die seitens der betroffenen
30 Person oder der betroffenen Personengruppe uner-
31 wünscht ist, die Person(en) aufgrund ihres Geschlechts
32 (z. B. Bei Frauen, Trans*menschen, inter*sexuelle Men-
33 schen, Männern) oder ihrer sexuellen Orientierung (z. B.
34 Homo-, Bi-, oder Asexualität) herabgewürdigt und/oder
35 eine Nichtakzeptanz als gleichwertige Diskussions- und
36 Gesprächspersonen impliziert.

37 (2) Sexuelle Belästigungen definiert die SPD Berlin-
38 Mitte wie folgt:

- 39 1. anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkun-
40 gen gegenüber der betroffenen Person oder einer
41 betroffenen Personengruppe,
- 42 2. sexistische Sprüche und Witze,
- 43 3. Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterher-
44 pfeifen,
- 45 4. unerwünschte Telefon-/ Videoanrufe, Briefe, E-
46 mails, SMS, Chatnachrichten, Privatnachrichten in
47 sozialen Medien mit zumindest latent sexuellen Be-
48 zug,
- 49 5. Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von
50 sexistisch-pornografischem Material,
- 51 6. unerwünschte Körperkontakte und wiederholt auf-
52 dringliches Verhalten,
- 53 7. Annäherungsversuche, die mit Versprechen von
54 Vorteilen oder Androhen von Nachteilen einherge-
55 hen und das Ausnutzen von Vertrauenspositionen
56 in diesem Zusammenhang,
- 57 8. Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen,
- 58 9. Körperliche Übergriffe, sexuelle Nötigung und Ver-
59 gewaltigung.

1 (3) Sexualisierte Mehrfachdiskriminierung ist die Kom-
 2 bination von Sexismus und sexueller Belästigung mit
 3 weiteren intersektionellen Diskriminierungsarten wie
 4 aufgrund der Herkunft, des sozialen Standes, der Haut-
 5 farbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung,
 6 der Religionszugehörigkeit, der körperlichen Verfassung
 7 oder des Alters.

8 **§4 Innerparteiliche Prävention und Schulungsmaßnah-**
 9 **men**

10 Es ist anzustreben, dass alle Mitglieder im Kreis über
 11 die Selbstverpflichtung Kenntnis haben. Dafür soll über
 12 die Selbstverpflichtung u.a. auf Neumitgliedersemina-
 13 ren, Abteilungssitzungen, Vorstandssitzung und Semi-
 14 nare zur politischen Schulung und Weiterbildung infor-
 15 miert werden. In der politischen Arbeit der SPD Berlin-
 16 Mitte ist darauf zu achten, dass die gesellschaftlichen
 17 Ursachen für Sexismus und sexualisiertem Verhalten
 18 diskutiert werden und der Kampf dagegen Bestandteil
 19 der Politik der SPD Berlin-Mitte ist. Zum anderen müs-
 20 sen die Mitglieder für die Problemfelder Sexismus, se-
 21 xualisiertem Verhalten und Mehrfachdiskriminierung
 22 sensibilisiert werden. Es muss daran gearbeitet werden,
 23 ein innerparteiliches Arbeitsklima zu schaffen, in dem
 24 Sexismus und sexualisiertes Verhalten, auch in Verbin-
 25 dung mit Mehrfachdiskriminierung, keinen Platz haben.
 26 Dabei spielen Veranstaltungen mit präventivem Inhalt
 27 und thematische Veranstaltungen eine entscheidende
 28 Rolle. Der Kreisvorstand legt neben dem Rechenschafts-
 29 bericht alle zwei Jahre einen Gleichstellungsbericht vor.

30 **§5 Kommission**

31 Es wird eine Kommission von Vertrauenspersonen ge-
 32 bildet.

33 a) aus **vier Mitgliedern** (zwei Frauen* und zwei Män-
 34 nern*), die dem Kreisvorstand nicht angehören,

35 b) aus **vier Mitgliedern** (zwei Frauen* und zwei Män-
 36 nern*), die dem Kreisvorstand nicht angehören und kei-
 37 ne Doppelämter innehaben,

38 c) aus **vier Mitgliedern** (zwei Frauen* und zwei Män-
 39 nern*); sie kann auf maximal zwei weitere Mitglieder
 40 erweitert werden,

41 Klausel: Diese Klausel tritt nur dann ein, wenn 1. Men-
 42 schen, die sich nicht im Rahmen der binären Geschlech-
 43 terordnung definieren, der Kommission angehören wol-
 44 len; oder wenn 2. die Parität (drei Frauen* und drei Män-
 45 nern*) der Kommission gewährleistet werden kann.

46 d) aus **fünf Mitgliedern** (zwei Frauen*, ein Cis-Mann und
 47 ein Mensch, der sich nicht im Rahmen der binären Ge-
 48 schlechterordnung definiert, der Kommission angehö-
 49 ren will).

50 Klausel: Diese Klausel kann nur dann eintreten, wenn
 51 bereits eine Frau*, ein Cis-Mann und ein Mensch, der
 52 sich im Rahmen der binären Geschlechterordnung nicht
 53 definiert, in die Kommission gewählt wurden. In einem
 54 weiteren Wahlgang muss die KDV zusätzlich eine wei-
 55 tere Frau* wählen.

56 Nachdem die Zusammensetzung der Kommission fest-
 57 gelegt wurde, ernennt allein die Kreisdelegiertenver-
 58 sammlung die Kommissionsmitglieder.

59 Aufgaben der Kommission sind folgende:

- 1 1. vertrauliche Anlaufstelle für eine Person oder eine
- 2 Personengruppe, die sich belästigt fühlt oder füh-
- 3 len,
- 4 2. die strenge Wahrung ihrer Schweigepflicht und Un-
- 5 abhängigigkeit gegenüber dem Kreisvorstand
- 6 3. vertrauliches Verfahren zur Klärung der Vorfälle
- 7 einzuleiten. Dabei ist anzumerken, dass allein die
- 8 betroffene Person oder die Personengruppe dar-
- 9 über Allein die betroffene Person oder die Perso-
- 10 nengruppe entscheidet darüber, ob es ein Verfah-
- 11 ren gibt und auf welche Art das vertrauliche Verfah-
- 12 ren eingeleitet werden soll.
- 13 4. die verbindliche Teilnahme an mindestens ei-
- 14 ner durch den Kreis zu finanzierende externe
- 15 Weiterbildung- und Schulungsmaßnahme inner-
- 16 halb von drei Monaten nach der Wahl durch die
- 17 Kreisdelegiertenversammlung,
- 18 5. die Bekanntmachung der Kommission in der SPD
- 19 Berlin-Mitte erfolgt, indem die Mitglieder
- 20 a) sich persönlich in einem Vortrag vor Ort bei den Abtei-
- 21 lungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen vor-
- 22 stellen, über seine*ihre Arbeitsweise und über Sexis-
- 23 mus in ihren verschiedenen Ausprägungen aufführen,
- 24 Bewusstsein schaffen, Berührungspunkte nehmen und
- 25 ihre Kontaktdaten bekannt geben.
- 26 b) auf Anfrage der Gliederungen des Kreises diese bei
- 27 ihrer Arbeit vor Ort unterstützen,
- 28 c) auf Kreisdelegiertenversammlungen einen Informa-
- 29 tionsstand der Kommission betreuen, eine Vorstel-
- 30 lungsrede für die Kommission halten, Informationsma-
- 31 terial zu ihrer Bildungsarbeit und darin Beispiele für Se-
- 32 xismus erarbeiten, der dem gesamten Kreis und Neu-
- 33 mitgliedern zur Verfügung gestellt werden,
- 34 d) online über eine Webpage verfügen, die auf den In-
- 35 ternetseiten der SPD Berlin-Mitte im Menüreiter „Über
- 36 uns“ angeordnet ist, die sie eigenständig pflegen,
- 37 e) ihre öffentlichen Kontaktdaten aktuell halten oder
- 38 bei Änderungen den gesamten Kreis darüber in Kennt-
- 39 nis setzen.
- 40 1. auf Anfrage der Austausch mit und die Beratung
- 41 von anderen Kreisen oder Landesebenen der SPD,
- 42 2. dem geschäftsführenden Kreisvorstand halbjähr-
- 43 lich Rechenschaft über ihre öffentliche Bildungsar-
- 44 beit abzulegen,
- 45 3. alle zwei Jahre dem geschäftsführenden Kreisvor-
- 46 stand Bericht erstatten über die Anzahl der Fälle
- 47 aufgeschlüsselt anhand der vorgenommenen Kate-
- 48 gorisierung in § 3 Abs. (2).
- 49 **§6 Verfahren zur Klärung von Vorfällen**
- 50 (1) Ein Mitglied, das sich sexuell belästigt fühlt, kann
- 51 bei der Kommission oder einem Kommissionsmitglied
- 52 ihres Vertrauens ein Verfahren beantragen. Der Antrag
- 53 ist schriftlich oder zur Niederschrift durch ein Mitglied
- 54 der Kommission und begründet einzureichen.
- 55 (2) Die Kommission entscheidet über die Einleitung ei-
- 56 nes Verfahrens. Ein Antrag kann nur abgelehnt werden,
- 57 wenn
- 58 1. er nicht offensichtlich begründet ist,
- 59 2. die strafrechtliche Relevanz der Vorwürfe die

- 1 Einschaltung der Staatsanwaltschaft erforderlich
2 macht.
- 3 Im Falle der Ablehnung nach § 6 Abs. (2), Nr. 2 ist
4 ein Parteiordnungsverfahren beim zuständigen SPD-
5 Kreisvorstand anzuregen.
- 6 (3) Die Kommission gibt der antragstellenden Per-
7 son Gelegenheit zur Erläuterung ihres Antrags. An-
8 schließend hat die Beschuldigte Person Gelegenheit, zu
9 den Vorwürfen Stellung zu beziehen. Auf Antrag eines
10 Beteiligten ist die direkte Konfrontation der Beteiligten
11 zu vermeiden. Die Beteiligten können sich von einer Per-
12 son ihres Vertrauens begleiten lassen.
- 13 (4) Die Kommission hört weitere Personen an, die für die
14 Klärung des Vorfalles beitragen können. Die Kommission
15 kann auf Antrag der Antrag stellenden Person beide Par-
16 teien von der Befragung ausschließen.
- 17 (5) Nach sorgfältiger und gewissenhafter Prüfung kann
18 die Kommission
- 19 1. im Einvernehmen mit den Beteiligten Maßnahmen
20 zur Konfliktbeilegung festlegen,
21 2. bei fehlendem Einvernehmen
- 22 a) dokumentieren, dass der Antrag unbegründet ist,
23 b) die Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens beim
24 zuständigen SPD-Kreisvorstand anregen. Der Antrag ist
25 zu verbinden mit einer Empfehlung für eine Maßnah-
26 me nach § 35 Abs. 2 des Organisationstatus der SPD.
- 27 In Betracht kommt dabei insbesondere ein (unter Um-
28 ständen befristetes) Teilnahmeverbot an Veranstaltung
29 der SPD Berlin-Mitte, an Sitzungen der Abteilungen,
30 der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitskreise, der
31 geschäftsführenden Kreisvorstandssitzungen und/oder
32 der Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Mitte
33 sowie ein Funktionsverbot auf die Kreisebene der SPD
34 und/oder auf SPD-Abteilungs-, Arbeitsgemeinschafts-,
35 Arbeitskreisebene und der Ausschluss aus der Partei.
- 36 (6) Alle Entscheidungen der Kommission sind schriftlich
37 zu begründen. Die Kommission berichtet dem Kreisvor-
38 stand von ihren Entscheidungen. Das Verfahren und alle
39 in ihm erlangten Informationen, insbesondere die Na-
40 men der Betroffenen, obliegen der Schweigepflicht und
41 sind von allen Beteiligten streng vertraulich zu behan-
42 deln.
- 43 (7) Sofern sich herausstellt, dass eine Person zu Unrecht
44 beschuldigt wurde, kann diese Person verlangen, dass
45 die Einstellung des Verfahrens parteiöffentlich bekannt
46 gegeben wird.
- 47

1 **A19/I/2018**

2 **Jusos Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4

5 **Ein neuer Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten in Berlin**

6
7 An den Berliner Hochschulen arbeiten derzeit etwa
8 8000 studentische Beschäftigte, welche in der Lehre,
9 Forschung und Verwaltung tätig sind. Der für Berlin
10 geltende studentische Tarifvertrag von 2001 legt einen
11 Bruttostundenlohn von 10,98€ fest. Seit 2001, inzwi-
12 schen 17 Jahren, wurden die Löhne der studentischen
13 Mitarbeiter*innen nicht mehr erhöht. Aufgrund von In-
14flation und der Streichung des Weihnachtsgeldes sind
15 die Reallöhne der an den Hochschulen beschäftigten
16 Student*innen aber gesunken. Dies wird allein an den
17 erhöhten Mietpreisen deutlich. Dabei stellt der Berliner
18 Senat bereits seit 2011 zusätzliche Gelder zur Erhöhung
19 der Löhne für studentische Beschäftigte bereit. Da die-
20 ses Geld nicht vertraglich festgesetzt wurde, ist diese
21 Erhöhung nicht an die studentischen Mitarbeiter*innen
22 weitergegeben worden.

23 Um den Reallohnverlust aufgrund von Inflation aus-
24 zugleichen, fordern die Gewerkschaften und die stu-
25 dentische Initiative TV Stud eine Erhöhung des Lohns
26 auf 14€. Zudem wird eine automatische Anpassung an
27 die Lohnsteigerung der anderen Beschäftigten an den
28 Hochschulen gefordert. Durch die Bindung an den Ta-
29 rifvertrag TV-L soll ein erneuter Lohnstillstand verhin-
30 dert werden. Zudem soll die Wiedereinführung der Jah-
31 ressonderzahlung bzw. des sogenannten Weihnachtsgel-
32 des erreicht werden, das 2004 gestrichen wurde. Al-
33 le anderen nicht-studentischen Beschäftigten an Ber-
34 liner Hochschulen erhalten diese Sonderzahlung seit
35 2011. Weiterhin wird eine 100%-ige Lohnfortzahlung in
36 Krankheitsfällen für über sechs Wochen gefordert. Ge-
37 rade für sozial schwache, ältere oder chronisch erkrank-
38 te Studierende ist dies wichtig, da das Krankengeld,
39 das die Krankenkasse in der Regel nach sechs Wochen
40 Krankheit zahlt, in gesetzlichen studentischen Kranken-
41 versicherungen nicht vorgesehen ist. Besonders wich-
42 tig ist außerdem die tarifvertragliche Absicherung der
43 regelmäßigen Vertragslaufzeit von mindestens vier Se-
44 mestern. So kann die Planbarkeit für studentische Mit-
45 arbeiter*innen erhöht werden. Diese Regel für eine Min-
46 destanstellung auf vier Semester soll auch für Wei-
47 terbeschäftigungen gelten bis die gesetzlich festgeleg-
48 te Höchstbefristungsdauer erreicht ist. Weiterhin wird
49 eine Angleichung des Urlaubsanspruchs von fünf auf
50 sechs Wochen gefordert. Damit würden studentische
51 Beschäftigte gegenüber anderen Beschäftigten des TV-
52 L gleichgestellt werden. Zudem soll auch studentischen
53 Mitarbeitern die Möglichkeit des Sonderurlaubs ana-
54 log zu Beschäftigten nach TV-L gegeben werden. Dar-
55 über hinaus wird gefordert, den Anspruch auf Qualifi-
56 zierung im neuen Tarifvertrag TV Stud zu verankern. Die
57 für Qualifizierung aufgewendete Zeit soll demnach als
58 Arbeitszeit gewertet werden. Zusätzlich wird die Mög-

- 1 lichkeit eines Bildungsurlaubs in Höhe von 10 Arbeits-
 - 2 tagen pro Kalenderjahr gefordert. Tarifvertraglich aus-
 - 3 geschlossen werden sollen Bereitschaftsdienste für stu-
 - 4 dentische Beschäftigte. Weiterhin soll ein Mindeststun-
 - 5 dendvolumen von 40 Stunden pro Monat festgelegt wer-
 - 6 den, außer es wird von Studierenden explizit anders ge-
 - 7 wünscht.
 - 8 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Mitte soli-
 - 9 darisiert sich mit diesen Forderungen.
 - 10
-

Anträge an den Landesparteitag

- 1 Abt. 08 (Alt-Moabit)
 2 Abt. 16 (Grünes Dreieck)
 3 Immobilienspekulation zulasten der Mieter*innen
 4 bekämpfen – Steuerbegünstigungen bei Immobili-
 5 enttransaktionen durch „Share Deals“ zügig und
 6 konsequent abschaffen!
 7 **A01/I/2018**
 8
 9 Abt. 08 (Alt-Moabit)
 10 Abt. 16 (Grünes Dreieck)**Abt. 02 (Alexanderplatz)**
 11 **Abt. 08 (Alt-Moabit)**
 12 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**
 13 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
 14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 15 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 16
 17 Immobilienspekulation zulasten der Mieter*innen be-
 18 kämpfen – Steuerbegünstigungen bei Immobilien-
 19 transaktionen durch „Share Deals“ zügig und konse-
 20 quent abschaffen!
 21 **Wir fordern,**
 22 1. einen entschlossenen Einsatz der sozialdemokra-
 23 tischen Mitglieder des Senats Berlin, der SPD-
 24 Fraktion im Abgeordnetenhaus sowie der bundes-
 25 weiten SPD-Organe zur Abschaffung der steuerli-
 26 chen Privilegierung von „Share Deals“ in der derzei-
 27 tigen Form auf Landes- und auf Bundesebene;
 28 2. die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats da-
 29 zu auf, bundesweit bzw. länderübergreifend wahr-
 30 nehmbar für eine solche Reform einzutreten und
 31 zu werben sowie gleichzeitig die auf Landesebene
 32 mögliche Maßnahmen schon vorab zu ergreifen.
 33 3. dass die Untersuchungen der zu einer angestreb-
 34 ten Reform der Grunderwerbsteuer durch die
 35 Finanzministerkonferenz einberufenen Bund-
 36 Länder-Arbeitsgemeinschaft durch die Regierung
 37 des Landes Berlin und die SPD-Fraktion im Abge-
 38 ordnetenhaus kritisch und mit höchstmöglicher
 39 Anstrengung begleitet, gefördert und kontinuier-
 40 lich bewertet werden;
 41 4. dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Been-
 42 digung „missbräuchlicher Steuergestaltungen bei
 43 der Grunderwerbsteuer mittels „Share Deals“
 44 • sprachlich nicht zu eng ausgelegt wird, also „Share
 45 Deals“ bei Immobilientransaktionen auch tatsäch-
 46 lich
 47 • „abgeschafft“ werden; und eine solche Beendigung
 48 zudem zügig, in dieser Legislaturperiode, und kon-
 49 sequent herbeigeführt wird.
 50 **Begründung**
 51 Der Handel mit Immobilien floriert bundesweit und
 52 übertrifft auch auf dem Berliner Immobilienmarkt
 53 sämtliche Rekorde. Seit dem Jahr 2009 hat sich das
 54 jährliche Transaktionsvolumen nach einer Erhebung
 55 von Ernst & Young Real Estate (Stand 2017) auf
 56 über 60 Milliarden Euro nahezu verfünffacht. Eine
 57 Kehrtwende dieses Trends ist nicht absehbar. Nutz-

1 nießer dieser Entwicklung sind vor allem die an
2 gewinnbringenden Transaktionen beteiligten Markt-
3 teilnehmer*innen, insbesondere die Immobilieninves-
4 tor*innen. Mieter*innen profitieren in Normalfall nicht
5 von derartigen (Spekulations-) Verkäufen, da es sich bei
6 einem bedeutenden Anteil der gesamten Transaktio-
7 nen – im ersten Halbjahr des Jahres 2015 laut Anga-
8 ben des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt-, und Raum-
9 forschung (BBRS) bei 94% der Transaktionen großer
10 Wohnungsbestände – um reine Wiederverkäufe zur Ge-
11 winnerzielung handelt. Sprich: In solchen Fällen wer-
12 den durch den/die Erwerber*in weder Modernisierun-
13 gen noch Investitionen in die Bausubstanz vorgenom-
14 men. Somit ist ein Kreislauf zu beobachten, in dessen
15 Rahmen der Wert der Immobilien transaktionsbedingt
16 steigt und die Mieten durch den/die neuen Erwerber*in
17 zur Finanzierung zwangsläufig erhöht werden müssen
18 – allein die Immobilie bleibt in ihrer Substanz unberührt
19 während sich die Mieter*innen nicht mehr imstande se-
20 hen, die gestiegenen Mietpreise zu bezahlen. In Berlin
21 haben sich die Mietpreise laut Angaben im aktuellen
22 Mietspiegel seit dem Jahr 2011 zum Teil nahezu verdop-
23 pelt.

24 Immobilientransaktionen unterliegen für gewöhnlich
25 der Grunderwerbsteuer, wobei die Einnahmen an die
26 Länder gehen, in Berlin sind das sechs Prozent des Kauf-
27 preises. Nach dem Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG)
28 gilt dies vor allem dann, wenn das Grundstück selbst
29 direkt vom Käufer erworben wird (sog. Asset Deal), sie-
30 he § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 GrEStG. Werden jedoch nur Antei-
31 le an Unternehmen (sog. Shares), in denen die Grund-
32 stücke enthalten sind, gekauft, braucht der Käufer kei-
33 ne Grunderwerbsteuer zu bezahlen – jedenfalls dann
34 nicht, wenn er weniger als 95 Prozent der Unterneh-
35 mensanteile erwirbt (sog. Share Deal). Denn die Grund-
36 erwerbsteuer fällt erst an, wenn mindestens 95 Pro-
37 zent dieser Unternehmensanteile, zum Beispiel in Form
38 von Aktien, auf den Käufer übergehen (§ 1 Abs. 2a,
39 3 GrEStG). Von dieser Gestaltungsmöglichkeit profitie-
40 ren insbesondere große Marktteilnehmer. Um Grund-
41 erwerbsteuer zu vermeiden, führen sie oftmals solche
42 „Share Deals“ durch und bleiben mit maximal 94,9 Pro-
43 zent gekauften Anteilen gerade unter der Grenze der
44 Steuerpflicht oder initiieren sog. Joint Ventures mit Ge-
45 schäftspartnern, die dann die verbleibenden 5,1 Prozent
46 der Gesellschaftsanteile erwerben.

47 Die Übertragung von Immobilien im Rahmen von „Sha-
48 re Deals“ verläuft deshalb frei von anfallender Grund-
49 erwerbsteuer, während beim gewöhnlichen Grund-
50 stückskauf Grunderwerbsteuer zu entrichten ist. Die
51 Steuerbefreiung von „Share Deals“ macht Immobili-
52 entransaktionen unverhältnismäßig lukrativ und trägt
53 deshalb zu einer Überhitzung des Immobilienmarktes
54 bei. Sie führt außerdem zu einer Beschädigung des
55 Staatswesens wegen entgangener Einnahmen.

56 Durch „Share Deals“ entgehen dem Land Berlin jährlich
57 nach Schätzungen des Berliner Finanzsenators Kollatz-
58 Ahnen 100 Millionen Euro und den Finanzhaushalten
59 bundesweit laut Aussage des Hessischen Finanzmi-

1 nisteriums rund eine Milliarde Euro. Je nach Bundes-
2 land werden beim Verkauf von Flächen und Grund-
3 stücken normalerweise zwischen 3,5 und 6,5 Prozent
4 Grunderwerbsteuer fällig. Während Investoren durch
5 die Gestaltungsoption bei Unternehmensübernahmen
6 steuerliche Privilegien erhalten, gehen die öffentli-
7 chen Haushalte unter diesen Bedingungen – selbst bei
8 der Veräußerung zentral gelegener und repräsentati-
9 ver Grundstücke – leer aus. Dieses juristische Phäno-
10 men ist innerhalb Europas einmalig. Beispielhaft steht
11 hierfür die Transaktion des ehemaligen Daimler-Areals
12 als Teil des Potsdamer Platzes: Dieses wurde im Janu-
13 ar 2016 an einen kanadischen Investor im Wege eines
14 „Share Deals“ verkauft, dem Land Berlin entgingen bei
15 dem Milliarden-Deal laut Untersuchungen des Berliner
16 Mietervereins 84 Millionen Euro an Grunderwerbsteu-
17 ereinnahmen, da für den kanadischen Investor keine
18 Grunderwerbsteuer anfiel. Im Vergleich hierzu beträgt
19 das Haushaltsbudget des Landes Berlin für die Bezu-
20 schussung bei der Ausübung des Vorkaufsrechts durch
21 die Bezirke ca. 100 Millionen Euro jährlich. Eine „norma-
22 le“ Familie, die in Berlin ein Haus für 300.000 Euro er-
23 wirbt, zahlt hierfür – im Gegensatz zum Großinvestor
24 – 18.000 Euro Grunderwerbsteuer. Es ist unmoralisch,
25 dass Einzelpersonen, die sich keiner aufwändigen Ge-
26 schäftsstrukturen bemächtigen können, die Zeche
27 für die Steuerbefreiung von Großinvestor*innen und
28 deren Unternehmen zahlen müssen – sei es in Form ei-
29 ner klaffenden Lücke im Finanzhaushalt des Landes Ber-
30 lin oder durch ihre eigene Verpflichtung zum Entrichten
31 der Grunderwerbsteuer.

32 Insgesamt ist die gesetzliche Privilegierung von „Sha-
33 re Deals“ daher nicht tragbar und darf somit auch nicht
34 aufrechterhalten werden.

35 Eine Reform der für die Regelung von „Share Deals“
36 maßgeblichen GrEStG ist technisch höchst komplex,
37 wird verfassungs- sowie unionsrechtlich kompliziert
38 und sieht sich vielfachen Bedenken von organi-
39 sierten Verbänden der Immobilienwirtschaftslobby
40 ausgesetzt. Die Untersuchungen der Bund-Länder-
41 Arbeitsgruppe in der Sache bilden die Grundlage für
42 die Vorgehensweise einer möglichen großen Koali-
43 tion und verlaufen grundlegend ergebnisoffen. Eine
44 Lösung des Sachverhaltes erfordert deswegen einen
45 besonders entschlossenen Einsatz auf Grundlage eines
46 starken politischen Willens, zu dem alle beteiligten
47 Akteur*innen kontinuierlich angehalten werden müs-
48 sen. Hierbei soll es Aufgabe der Regierung des Landes
49 Berlin, der Berliner SPD und der bundesweiten SPD
50 sein, in diesem Sinne drängend mitzuwirken, weil die
51 spürbaren Auswirkungen eines überhitzten Immo-
52 bilienmarktes vor allem hier in Berlin keinen Aufschub
53 dulden.

1 **A02/I/2018**

2 **Abteilung 02 (Alexanderplatz)**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren**

8 Wir fordern, dass sich die sozialdemokratischen Mit-
9 glieder des Abgeordnetenhauses dafür einsetzen, dass
10 der bereits vorliegende Landesparteitagsbeschluss
11 (Antrag 201/I/2015) zur Entkriminalisierung des Fahrens
12 ohne Fahrschein in der aktuellen Legislaturperiode
13 umgesetzt wird.

14

15 **Begründung**

16 Trotz eines Landesparteitagsbeschlusses (Antrag
17 201/I/2015) und mit den Grünen und der Linkspartei
18 zwei Koalitionspartnern die sich für eine Entkrimina-
19 lisierung einsetzen stellt sich die Abgeordnetenhaus-
20 fraktion der SPD auch weiterhin gegen eine Änderung
21 der Gesetzgebung.

22 **A04/I/2018**

23 **Abt. 15 (Gesundbrunnen)**

24 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

25 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

26

27 **Änderungsantrag zum Impulspapier: Sicherheitspolitik
28 in Berlin**

29 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin Mitte
30 möge beschließen,

31 der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

32 Die Zeilen

33 „Wir brauchen eine landesweit abgestimmte Strate-
34 gie gegen Kriminalität, Bedrohung durch Gewalt und
35 durch negative Entwicklungen in bestimmten Brenn-
36 punktgebieten der Stadt. Wir wollen eine Verbesse-
37 rung der tatsächlichen Sicherheitslage wie auch des Si-
38 cherheitsempfindens in öffentlichen Verkehrsmitteln,
39 im Straßenland und in öffentlichen Grünanlagen. Die
40 Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung hat für
41 uns eine hohe Priorität. Eine stärkere behörden- und
42 ressortübergreifende Zusammenarbeit der Ordnungs-
43 behörden werden wir unter der Berücksichtigung von
44 Datenschutzstandards sowie persönliche Freiheitsrech-
45 ten ermöglichen.“

46 werden ersetzt durch

47 „Wir brauchen eine landesweit abgestimmte Strate-
48 gie gegen Kriminalität, Bedrohung durch Gewalt und
49 durch negative Entwicklungen in bestimmten Brenn-
50 punktgebieten der Stadt. Wir wollen eine Verbesserung
51 der tatsächlichen Sicherheitslage wie auch des Sicher-
52 heitsempfindens in öffentlichen Verkehrsmitteln, im
53 Straßenland und in öffentlichen Grünanlagen. Für die
54 Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist städ-

1 tebauliche Kriminalprävention ein wichtiges Werkzeug.
2 Gut instandgehaltene Gebäude und öffentliche Räume
3 sind eine wichtige Grundlage für objektive und subjek-
4 tive Sicherheit („Broken-Window-Phänomen“). Die ziel-
5 gerichtete präventive Gestaltung von öffentlichen Räu-
6 men, die sowohl Übersichtlichkeit und Beleuchtung als
7 auch Pflegeaspekte sowie Nutzungsvielfalt und soziale
8 Kontrolle berücksichtigt, kann Kriminalität vorbeugen.
9 Um unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse verschie-
10 dener Nutzer*innen zu berücksichtigen, müssen die be-
11 zirklichen Beiräte für Menschen mit Behinderungen,
12 Frauenbeiräte für Stadtplanung und Seniorinnen- und
13 Seniorenvertretungen frühzeitig eingebunden werden.
14 Eine stärkere behörden- und ressortübergreifende
15 Zusammenarbeit der Ordnungsbehörden werden
16 wir unter der Berücksichtigung von Datenschutzstan-
17 dards sowie persönliche Freiheitsrechten ermöglichen.“
18

19 **A05/I/2018**

20 **Abt. 08 (Alt-Moabit)**

21 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

23

24 **Höhere Sicherheit und Senkung von Schadstoff- und**
25 **Lärmbelastung: Tempo 30 auch tagsüber in der gesam-**
26 **ten Levetzowstraße**

27 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV Mitte, des
28 Bezirksamts Mitte, des Abgeordnetenhauses und des
29 Senats werden aufgefordert, sich bei der Verkehrslen-
30 kung Berlin dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich
31 auf der gesamten Länge der Levetzowstraße in Berlin-
32 Mitte auch zwischen 6 und 22 Uhr eine Tempo-30-Zone
33 ausgewiesen wird. Durch Blitzer und Überwachung ist
34 das Tempolimit durchzusetzen.

35

36 **Begründung**

37 Die Levetzowstraße ist eine der übergeordneten
38 Straßenverbindungen Berlins. Sie liegt in einem reinen
39 Wohngebiet und hat eine Gesamtlänge von 650 Metern
40 zwischen der Hansabrücke im Osten und der Gotz-
41 kowskybrücke im Westen. Am östlichen Ende (noch
42 Altonaer Straße auf der Hansabrücke) gilt tagsüber (7
43 bis 18 Uhr) aufgrund des anliegenden Gymnasiums
44 Tiergarten Tempo 30. Auf der Levetzowstraße selbst gilt
45 zum Lärmschutz in der Nacht (22 bis 6 Uhr) auch Tempo
46 30. Auch auf den ähnlich hoch frequentierten zuführen-
47 den und umgebenen Straßen (Lessing-, Gotzkowsky-
48 und Beusselstraße) gilt bereits Tempo 30.

49 Um die Sicherheit tagsüber zu erhöhen und für die An-
50 wohnerinnen und Anwohner die erhebliche Schadstoff-
51 und Lärmbelastung zu senken, muss Tempo 30 den gan-
52 zen Tag in der gesamten Levetzowstraße gelten. Im Ein-
53 zeln:

54 Die Levetzowstraße wird täglich von 16.000 bis 18.000
55 Fahrzeugen befahren. Die Lärmbelastung ist sehr hoch
56 und erreicht nach der strategischen Lärmkarte der Se-

1 natsverwaltung tagsüber Spitzenwerte von 70 bis 75
 2 db und mehr. Durch einen gleichmäßigeren Verkehrs-
 3 fluss und eine Verstetigung des Fahrverlaufs kann die
 4 Lärmbelastung, der die Anwohnerinnen und Anwohner
 5 auch tagsüber (nachts gilt zwischen 22 und 6 Uhr schon
 6 Tempo 30) ausgesetzt sind, reduziert werden. Zugleich
 7 kann hierdurch eine Senkung des Schadstoffausstoßes
 8 erreicht werden.

9 Anrainer der Levetzowstraße sind die Miriam-Makeba-
 10 Grundschule, das ehemalige Heinrich-von-Kleist-
 11 Gymnasium, das derzeit zu einer internationalen
 12 Schule ausgebaut wird, und das Gymnasium Tiergar-
 13 ten. Mittig, in Höhe der Kreuzung zur Jagowstraße
 14 und des Mahnmals zur Erinnerung an die Deportation
 15 befindet sich ein großer Spielplatz. Im Bereich des
 16 Gymnasiums Tiergarten gilt tagsüber schon Tempo
 17 30. Auch im Bereich der Miriam-Makeba-Grundschule
 18 und der ausgebauten Schule muss Tempo 30 gelten.
 19 Zur Erhöhung der Sicherheit und Steigerung der Le-
 20 bensqualität sollte dies auch im Bereich des großen
 21 Spielplatzes gelten. Dafür spricht schließlich auch eine
 22 klarere Verkehrsregelung.

23 Anhaltspunkte dafür, dass von der Levetzowstraße
 24 bei Einführung einer Tempo 30-Zone auf angrenzen-
 25 de Wohngebiete ausgewichen wird, gibt es nicht. Denn
 26 auch hier gilt Tempo 30.

27 Die Verzögerungen für den durchfahrenden Verkehr
 28 sind minimal. Rechnerisch betragen sie maximal 15 Se-
 29 kunden. Auch für die Buslinie 106, die in einem Zeitab-
 30 stand von 20 Minuten die Levetzowstraße anfährt, sind
 31 keine Verzögerungen zu erwarten. Der Gewinn an Le-
 32 bensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner so-
 33 wie die Verkehrssicherheit (Schulen, Spielplatz) wiegt
 34 deutlich höher.

35 Letztlich fügt sich die geforderte Tempo 30 Zone in ein
 36 Gebiet von angrenzenden Straßen ein, auf denen be-
 37 reits Tempo 30 gilt.

38 **A06/I/2018**

39 **Abt. 15 (Gesundbrunnen)**

40 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

41 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

42 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

43

44 **Zum Schutz Aller – Impfquoten erhöhen**

45 Die SPD verschreibt sich dem Ziel, gefährliche und/oder
 46 ansteckende Krankheiten, wie zum Bei-spiel Masern,
 47 Röteln und Keuchhusten in Deutschland zu eliminieren.
 48 Hierzu unterstützt die SPD umfassende Maßnahmen,
 49 die dazu geeignet sind, die Impfquoten gemäß der STI-
 50 KO Empfehlung zu erhöhen.

51 Die Sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und
 52 der SPD-Bundestagsfraktion werden auf-gefordert, die
 53 nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Zugang
 54 zu Impfungen möglichst ein-fach zu gestalten. Die so-
 55 zialdemokratischen Mitglieder von Landesregierungen
 56 werden aufgefor-dert, im Rahmen ihrer Zuständigkei-

- 1 ten entsprechend zu handeln.
 2 Hierzu zählt u.a.:
- 3 • Eine gezielte Kampagne der Bundeszentrale für Ge-
 - 4 sundheitliche Aufklärung soll die Inter-netpräsenz
 - 5 von einfach verständlichen, wissenschaftlich fun-
 - 6 dierten Informationen zu Impfungen erhöhen.
 - 7 Ähnlich wie bei der Broschüre zum Plötzlichen
 - 8 Kindstod in Kranken-häusern sollen Informationen
 - 9 zu Impfungen bei der U2 verteilt werden.
 - 10 • Ein Erinnerungssystem soll eingeführt bzw. beste-
 - 11 hende Systeme ausgebaut werden, um sowohl an
 - 12 Erst- als auch an Auffrischungsimpfungen flächen-
 - 13 deckend zu erinnern.
 - 14 • Fehlende Impfungen sollen im Rahmen der
 - 15 Schuleingangsuntersuchungen durch die Ge-
 - 16 sundheitsämter nachgeholt werden.
 - 17 • Um die Impfquote in allen Altersklassen zu erhö-
 - 18 hen, soll geprüft werden, ob Impfungen fachüber-
 - 19 greifend durch Ärzt*innen durchgeführt und ab-
 - 20 gerechnet werden können zum Beispiel bei, zum
 - 21 Beispiel bei Impfungen der Eltern durch Kinder-
 - 22 ärzt*innen.

23 Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impfpflicht
 24 gemäß den Empfehlungen der Ständigen Impfkommis-
 25 sion am Robert-Koch-Institut ("STIKO") ein. Zu ihnen
 26 zählen die Immunisierungen gegen Masern, Mumps,
 27 Röteln, Tetanus, Poliomyelitis (Polio, Kinderlähmung),
 28 Diphtherie, Pneumokokken oder Hepatitis B. Es ist si-
 29 cherzustellen, dass die Liste durch die STIKO regelmäßig
 30 überprüft und ggf. ergänzt wird.

31 Um ein wirksames und durchsetzungsfähiges mehr-
 32 stufiges Sanktionierungsverfahren aufzubauen, soll
 33 geprüft werden, ob neben der Einführung eines Buß-
 34 geldtatbestands bei Impfverweigerung, bestimmte
 35 Leistungen und Angebote des Bundes, der Länder und
 36 Kommunen mit dem Nachweis der Impfungen gemäß
 37 STIKO zu verknüpft werden können.

38

39 **Begründung**

40 Trotz der Verfügbarkeit wirksamer Impfstoffe treten
 41 gefährliche Krankheiten wie Masern oder Keuchhusten
 42 in Deutschland immer wieder auf. Schwere Komplika-
 43 tionen zum Teil mit Todesfolge können die Folge
 44 sein. Um ungeimpfte Säuglinge sowie Menschen, die
 45 aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden
 46 können, zu schützen, ist ein Herdenschutz mit einer
 47 Impfquote von mindestens 95 Prozent vonnöten. Um
 48 dies zu sicherstellen, müssen nicht nur Eltern, sondern
 49 alle Erwachsenen mit nicht-ausreichendem Impfschutz
 50 erreicht werden.

51 Mangelnde Information und daraus resultierende Ver-
 52 unsicherung von Eltern ist ein wesentlicher Grund für
 53 Eltern, ihre Kinder nicht impfen zu lassen. Ein weiterer
 54 Grund ist das Verpassen von Folgeimpfungen. Oben vor-
 55 geschlagene Maßnahmen sollen dem entgegenwirken.
 56 Aber auch nach umfassenderen Aufklärungsmaßnah-
 57 men wird es weiterhin Menschen geben, die sich dem
 58 Impfen grundsätzlich verweigern und die dadurch nicht
 59 nur sich selbst bzw. ihre Kinder gefährden. Dieser Ge-

1 fährdung kann nur mit konsequenten Maßnahmen wie
2 der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht mit ge-
3 eigneten Sanktionierungsmaßnahmen begegnet wer-
4 den, wie zum Beispiel in Italien, Frankreich und Austra-
5 lien.

6 **A07/I/2018**

7 **Abt. 15 (Gesundbrunnen)**

8 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

9 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

11 **Sozialverträgliche Entsorgungsmöglichkeiten für Sperr-**
12 **müll schaffen**

13 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im
14 Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich für die
15 Wiedereinführung von kostenlosen Sperrmüllabholun-
16 gen für Privathaushalte einzusetzen. Beispielhaft könn-
17 te dabei die in anderen Städten bewährte Praxis sein, in
18 denen jeder Haushalt zwei Sperrmüllkarten erhält. Die-
19 se berechtigen dazu, zweimal jährlich zwei Kubikme-
20 ter oder einmal jährlich vier Kubikmeter Sperrmüll vom
21 kommunalen Entsorger kostenlos abholen zu lassen.

22 Zudem mögen sich die sozialdemokratischen Mitglie-
23 der im Senat und im Abgeordnetenhaus dafür stark
24 machen, dass die BSR Privathaushalten zusammen
25 mit diesen Sperrmüllkarten eine Liste mit Kontakt-
26 daten von karitativen Organisationen zukommen
27 lässt, die noch brauchbare Gegenstände kostenfrei
28 abholen. Aushänge mit diesen Kontaktdaten sollten
29 den Hausverwaltungen und Immobilienbesitzer*innen
30 kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug
31 sollten sie dazu verpflichtet sein, diese im Haus oder
32 den Müllräumen auszuhängen.

33

34 **Begründung**

35 In Berlin ist es für Privathaushalte erfreulicherweise
36 möglich, eine begrenzte Menge an Sperrmüll kosten-
37 frei in den Recyclinghöfen zu entsorgen. Allerdings
38 besitzen immer weniger Menschen ein Auto mit dem
39 sich größerer Gegenstände dorthin bringen lassen.
40 Gleichzeitig können sich viele eine kostenpflichtige
41 Abholung finanziell nicht leisten. Auch ist das Mieten
42 eines Autos, über z.B. ein Carsharing-Angebot, mangels
43 Führerschein nicht für alle möglich und bei größeren
44 Gegenständen unpraktikabel. Alternativ bleibt für viele
45 Mitbürgerinnen und Mitbürger dann nur die Möglich-
46 keit, z.B. einen Transporter zu mieten, was umständlich
47 und mit teilweise höheren Kosten verbunden ist, zumal
48 sich nicht jede*r das Fahren eines solchen Transpor-
49 ters zutraut. All dies führt dazu, dass die Hürde, den
50 Sperrmüll auf den Recyclinghöfen zu entsorgen, viele
51 zu hoch ist. Insbesondere für diese Bürgerinnen und
52 Bürgern wollen wir über die Sperrmüllkarten ein kos-
53 tenfreies Angebot schaffen. Zudem erhoffen wir uns
54 dadurch eine Reduzierung der illegalen Entsorgung von
55 Sperrmüll in der öffentlichen Straßenlandschaft, die in
56 einigen Teilen Berlins ein großes Problem darstellt.

1 Darüber hinaus wollen wir die Bürgerinnen und Bürger
2 dazu ermutigen, noch brauchbare Gegenstände wenig
3 begüterten Mitbürgerinnen und Mitbürgern zur Ver-
4 fügung zu stellen. Deswegen wollen wir Hausverwal-
5 tungen und Immobilienbesitzer*innen dazu verpflich-
6 ten, die Kontaktdaten von karikativen Organisationen,
7 die derartige Gegenstände kostenfrei abholen, auszu-
8 hängen. Eine entsprechende Liste wird von der BSR auf
9 ihrer Homepage („Spenden statt wegwerfen“) bereits
10 gepflegt.

11 **A08/I/2018**

12 **Abt. 08 (Alt-Moabit)**

13 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

15

16 **Ein Zeichen für die Demokratie setzen: 9. November als**
17 **gesetzlicher Feiertag in Berlin**

18 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordne-
19 tenhauses und des Senats werden aufgefordert, sich
20 dafür einzusetzen, dass der 9. November ab 2019 unter
21 der Bezeichnung „Tag des Gedenkens“ als weiterer
22 gesetzlicher Feiertag in Berlin eingeführt wird.

23

24 **Begründung**

25 Demokratische Werte und eine soziale, friedliche und
26 freiheitliche Gesellschaft sind keine Selbstverständlich-
27 keit. In kaum einer Stadt wird das so deutlich wie in
28 Berlin mit seiner sehr bewegten Geschichte. Einerseits
29 ist die deutsche Hauptstadt heute durch bunte Kieze
30 geprägt und ist weit über die Landesgrenzen hinaus
31 bekannt als ein Ort der Toleranz und der Weltoffenheit.
32 Andererseits war Berlin in der Vergangenheit auch
33 schon der Inbegriff für Großmannssucht, von Hass
34 und stand für die Spaltung der Welt in zwei feindliche
35 Blöcke.

36 Aber auch in der heutigen Zeit ist Berlin jenseits der
37 Wahrnehmung als moderne Metropole ein Ort, in dem
38 für viele demokratische Errungenschaften wieder und
39 wieder gestritten werden muss. Die Berliner*innen zei-
40 gen in ihrer Mehrzahl, dass so ein friedliches Zusam-
41 menleben gelingen kann.

42 Die zerrissene Geschichte Berlins ist auch aus Sicht der
43 meisten hier lebenden Menschen eng mit einem Tag
44 verbunden, dem 9. November.

45 Der Tag erinnert an historische Irrwege genauso wie an
46 große Leistungen und markiert damit Wendepunkte in
47 der Geschichte Deutschlands und Europas.

48 Wir gedenken an diesem Tag den Opfern der Reichspo-
49 gromnacht vom 9. auf den 10. November 1938. Hunder-
50 te Menschen kamen in Berlin und darüber hinaus in die-
51 sen Tagen ums Leben, jüdische Geschäfte, Gotteshäuser
52 und privates Eigentum wurden auf grausamste Weise
53 zerstört. In der Folge verschärfte das Dritte Reich noch-
54 mals seine Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung
55 und begann mit der systematischen Verfolgung von Jü-
56 dinnen und Juden, die im Holocaust mündete.

1 51 Jahre später wurde der 9. November abermals zum
 2 Schicksalstag der Berliner*innen und des ganzen Lan-
 3 des. Ausgelöst durch die immer stärker werdenden,
 4 friedlichen Proteste der Menschen in der DDR sah sich
 5 die politische Führung gezwungen, öffentlich Zuge-
 6 ständnisse anzubieten. Im darauffolgenden Chaos ris-
 7 sen die Menschen die so lange unsere Stadt teilende
 8 Mauer in einer friedlichen Revolution nieder und legten
 9 somit den Grundstein für die Wiedervereinigung. In die-
 10 ser historischen Nacht fiel kein einziger Schuss.

11 Der 9. November 1938 steht damit für den Beginn
 12 des Holocaust, den Niedergang der Demokratie, und
 13 letztlich auch der Menschlichkeit und des Rechtsstaa-
 14 tes. Der 9. November 1989 hingegen steht für den fried-
 15 lichen Kampf für die Demokratie und das Streben nach
 16 Freiheit für alle Menschen.

17 Damit symbolisiert dieser Tag wie kein anderer die Zer-
 18 rissenheit unserer Stadt. Demokratie muss verteidigt
 19 werden, sonst wird sie ausgehöhlt und durch etwas an-
 20 deres ersetzt.

21 Der „Tag des Gedenkens“ wäre kein Gedenktag wie je-
 22 der andere. Er konfrontiert uns sowohl mit den hellen
 23 als auch mit den dunklen Phasen unserer Geschichte.
 24 Gedenkveranstaltungen können durch den arbeitsfrei-
 25 en 9. November einem breiteren Publikum zugänglich
 26 gemacht werden. Der Tag könnte auch die öffentliche
 27 Diskussion über den Wert der Demokratie und den heu-
 28 tigen Umgang mit gesellschaftlichen Spannungen för-
 29 dern.

30 Weitere bedeutende Ereignissen haben am 9. Novem-
 31 ber stattgefunden, die zum Teil in einer unmittelbaren
 32 Verbindung zu Berlin stehen:

- 33 • 1848: standrechtliche Hinrichtung des Politikers
 34 und Revolutionärs Robert Blum
- 35 • 1918: der Beginn der Novemberrevolution und die
 36 zweimalige Ausrufung der deutschen Republik in
 37 Berlin durch den SPD-Politiker Philipp Scheidemann
 38 und den Sozialisten Karl Liebknecht
- 39 • 1923: das Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches
 40 in München

41 In allen diesen Fällen geht es entweder um den Einsatz
 42 für die Demokratie oder um ihren Verlust. Geschich-
 43 te kann man nicht wiedergutmachen. Die Frage lautet
 44 vielmehr, was wir daraus lernen. Und darin liegt die Ver-
 45 antwortung für die Gegenwart. Weil Demokratie nicht
 46 selbstverständlich ist, ist der 9. November als Tag der
 47 deutschen Demokratie wichtig, um über ihren Wert und
 48 ihre Erhaltung nachzudenken. In Zeiten in denen die de-
 49 mokratische Grundordnung infrage gestellt wird, müs-
 50 sen wir den sozialen Zusammenhalt und die parlamen-
 51 tarische Demokratie verteidigen.

1 **A09/I/2018**

2 **Abt. 07 (Bellevue)**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Europatag zum Feiertag werden lassen!**

7 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die Mit-
8 glieder der SPD im Senat von Berlin werden gebeten,
9 sich bei den Überlegungen für einen weiteren Feiertag
10 für den Europatag am 9. Mai als gesetzlichen Feiertag
11 in Berlin einzusetzen.

12

13 **Begründung**

14 Berlin gehört in Deutschland und Europa zu den
15 Ländern mit den wenigsten Feiertagen. Nachdem die
16 norddeutschen Länder (HH, SH, NI und HB) beschlossen
17 haben, den Reformationstag als zusätzlichen Feiertag
18 einführen zu wollen, wird auch in Berlin überlegt, einen
19 weiteren Feiertag einzuführen.

20 Vorgeschlagen wurden unter anderem der 27. Januar
21 (Befreiung von Auschwitz), der 8. Mai (Tag der Befrei-
22 ung vom Faschismus) und der 23. Mai (Tag des Grundge-
23 setzes). Auch religiöse Tage (31. Oktober – Reformations-
24 tag) oder ein muslimischer Feiertag wurden erwogen.

25 Die oben genannten Tage sind ohne Zweifel wichtige
26 Tage in der Geschichte Deutschlands, die auch weiter-
27 hin gewürdigt werden sollen. Jedoch weisen sie in die
28 Vergangenheit. Während der 9. Mai als Europatag ein
29 Zeichen des Aufbruchs und der aus Nationalsozialismus
30 und Krieg gezogenen Lehren begriffen werden kann.
31 Mit den europäischen Verträgen und der Europäischen
32 Union können und werden nationalstaatliche Grenzen
33 überwunden und die Voraussetzungen geschaffen für
34 ein Europa des Friedens, des Rechts und der Freiheit.

35 Der 9. Mai verweist auf die Rede des französischen
36 Außenministers Robert Schuman am 9. Mai 1950, die
37 als Schuman-Erklärung bekannt wurde und in die Grün-
38 dung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und
39 Stahl mündete. 1985 wurde von den EU-Staats- und Re-
40 gierungschefs beschlossen, mit dem jährlichen Europa-
41 tag an dieses Ereignis zu erinnern. Der Europatag ist ei-
42 nes der europäischen Symbole neben der Flagge (Kreis
43 von zwölf goldenen Sternen auf blauem Hintergrund),
44 der Hymne (Ode an die Freude aus der 9. Sinfonie von
45 Ludwig van Beethoven), der Devise der Union „In Viel-
46 falt geeint“ und dem Euro.

47 Nach dem Scheitern des Europäischen Verfassungsver-
48 trags wurden die Symbole zwar nicht in den Lissabon-
49 Vertrag übernommen, Deutschland hat jedoch mit
50 15 weiteren EU-Mitgliedsstaaten offiziell erklärt, diese
51 Symbole dennoch anzuerkennen. Am 9. Mai finden jähr-
52 lich zahlreiche Veranstaltungen nicht nur der Europäi-
53 schen Institutionen statt.

54 Mit dem europäisch orientierten Feiertag würde den
55 Menschen die große Bedeutung der europäischen Eini-
56 gung für Frieden und Wohlstand verdeutlicht. Gerade
57 Berlin profitiert in vielfältiger Weise von Europa und ar-
58 beitet als weltoffene europäische Metropole seit vielen

1 Jahren im größten europäischen Städtenetzwerk Euro-
2 cities aktiv mit. In einer Zeit, in der die europäische Ei-
3 nigung vor vielfältigen Herausforderungen steht, ist es
4 wichtig, das Thema Europa positiv zu besetzen und da-
5 mit zugleich ein deutliches Zeichen für Europa und ge-
6 gen Fremdenfeindlichkeit und Populismus zu setzen.

7 **A10/I/2018**

8 **Abt. 07 (Bellevue)**

9 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

11 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

12

13 **Vermeidung von Doppelfunktionen**

14 Wir sprechen uns dafür aus, bei der Besetzung von ge-
15 schäftsführenden Vorständen zu vermeiden, dass diese
16 Gremien von Vertreter*innen öffentlicher Wahlämter
17 und / oder politischer Beamt*innen wie Regierende*r
18 Bürgermeister*in, Senator*in, Staatssekretär*in, Be-
19 zirkbürgermeister*in, Stadtrat/-rätin derselben Ebene
20 dominiert werden.

21

22 **Begründung**

23 Erstens können Interessenkonflikte zwischen Partei-
24 funktion (z.B. Spenden einwerbende/r Kassierer*in)
25 und einem öffentlichen Amt (z.B. Senator*in, Bezirks-
26 bürgermeister*in) nicht ausgeschlossen werden.

27 Zweitens ist die mit den o.g. öffentlichen Wahlämtern
28 in der Exekutive zwangsläufig verbundene Konzentra-
29 tion auf die Umsetzung von konkretem Regierungs- und
30 Verwaltungshandeln eher bremsend für kreative Initia-
31 tiven in der Partei, die Visionen für die Zukunft über die
32 tagespolitischen Notwendigkeiten einer Regierung und
33 Verwaltung hinaus entwickeln soll („Schere im Kopf“).

34 Drittens sollten wir angesichts der Tatsache, dass so-
35 wohl im Landesverband Berlin als auch im Kreisverband
36 Mitte viele engagierte und kluge Parteimitglieder orga-
37 nisiert sind, mehr Raum geben für personelle Erneue-
38 rung, die sowohl die Arbeitsressourcen Einzelner schont
39 als auch mehr Chancen für eine Verbreiterung der Per-
40 sonalauswahl bietet.

41 Viertens sind personelle Doppelfunktionen mit einer
42 hohen Belastung verbunden, die auf Kosten der Be-
43 dürfnisse der Partei oder des öffentlichen Amtes bzw.
44 der Aufgabe als politische Wahlbeamt*in gehen könn-
45 te. Daraus folgt, dass viel weniger politische Strategien
46 entwickelt oder angeregt werden können und dass ein
47 intensiver Dialog mit den Parteimitgliedern nicht im ge-
48 wünschtem Umfang realisiert werden kann.

49 Die SPD braucht Erneuerung und eine Diskussion um ihr
50 Führungspersonal, um sich wieder zu einer Partei mit
51 Zukunftsstrategien zu entwickeln.

bereits abgelehnt auf KDV II/2017

1 **A11/I/2018**

2 **ASF Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **§ 219a StGB jetzt abschaffen – für Informationsfreiheit**
8 **und sexuelle Selbstbestimmung**

9 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den
10 eingebrachten Gesetzentwurf auf Abschaffung des
11 § 219a StGB in dieser Form weiter zu verfolgen und
12 für sexuelle Selbstbestimmungsrechte einzustehen!
13 Wir sprechen uns gegen eine Kompromisslösung aus,
14 die nicht die vollständige Streichung des §219a vorsieht.

15

16 **Begründung**

17 Aktuell wurden Ärztinnen und Ärzte zu Geldstrafen
18 verurteilt, die Informationen auf Ihrer Webseite zum
19 Thema Schwangerschaftsabbruch sowie zu dessen
20 Durchführung in ihrer Praxis veröffentlicht haben.

21 Der § 219a ist mit „Werbung“ überschrieben, verbietet
22 aber auch sachliche Information, indem er jedem und
23 jeder Strafe androht, der oder die Schwangerschaftsabbrüche,
24 so der Gesetzestext, öffentlich „anbietet, an-
25 kündigt, anpreist“. Diese sehr weitreichende Formulie-
26 rung verbietet potentiell nicht nur die „Werbung für den
27 Schwangerschaftsabbruch“, wie es der Titel des § 219a
28 StGB nahe legt, sondern auch das Anbieten von ärzt-
29 lichen Leistungen wie Informationen zum Schwanger-
30 schäftsabbruch.

31 Es kann nicht sein, dass Ärztinnen und Ärzte, die me-
32 dizinische Informationen für Frauen zum Schwanger-
33 schäftsabbruch anbieten, kriminalisiert werden. Die er-
34 satzlose Streichung des § 219a StGB entspricht deshalb
35 einer Aktualisierung der Gesetzeslage, die notwendig
36 ist, um Widersprüche auszuräumen und Ärztinnen und
37 Ärzte zu entkriminalisieren.

38 Menschen, die einen Abbruch vornehmen lassen wol-
39 len, benötigen Zugang zu medizinischer Beratung und
40 einer Auswahl an Ärztinnen und Ärzten, die sie unter-
41 stützen können. Information ist hierbei der erste und
42 wichtigste Schritt.

43 Die offiziellen Beratungsstellen haben längst keine voll-
44 ständigen Listen, auf denen entsprechende Ärztinnen
45 und Ärzte verzeichnet sind, die Abbrüche vornehmen.

46 Durch das Fehlen flächendeckender, zugänglicher In-
47 formationen über Ärztinnen und Ärzte, die einen Ab-
48 bruch vornehmen, müssen Betroffene z.T. weite We-
49 ge, manchmal bis in andere Bundesländer zurücklegen.
50 Dies benachteiligt Menschen, denen nicht die finanziel-
51 len und zeitlichen Ressourcen dafür zur Verfügung ste-
52 hen. Die Streichung des § 219a hat damit eine intersek-
53 tionale Dimension, da es hier zu verschränkten Mehr-
54 fachdiskriminierungen kommt. Damit ist vor allem auch
55 eine soziale Frage. Ein freier Zugang zu medizinischen
56 Informationen ist daher Teil eines selbstbestimmten Le-
57 bens und für uns Sozialdemokratinnen und Sozialde-
58 mokraten nicht verhandelbares Grundrecht.

1 Die SPD Bundestagsfraktion hat am 02.03.2018 einen
2 Gesetzesentwurf zur Streichung des § 219a StGB in den
3 Bundestag eingebracht, aber auf Druck der Union die-
4 sen noch nicht beraten. Wir akzeptieren nicht, dass me-
5 dizinische Informationen und Frauenrechte dem Frie-
6 den in der Koalition geopfert werden.
7 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist
8 klar, dass sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen
9 ein Grundrecht ist. Sexuelle Selbstbestimmung kann
10 nur dann gelebt werden, wenn alle Menschen frei-
11 en Zugang zu Informationen über medizinische Be-
12 handlungen haben. Der angebliche „Lebensschutz“ der
13 CDU/CSU darf nicht dafür sorgen, dass Frauen in einer
14 solch sensiblen Situation wie einer frühen Schwanger-
15 schaft die Informationen über ihre Möglichkeiten vor-
16 enthalten werden.
17 Langfristig muss in der SPD und ihren Arbeitsgemein-
18 schaften eine Debatte über die Abschaffung der Straf-
19 barkeit des Schwangerschaftsabbruches geführt wer-
20 den. Die Fristenlösung, die faktisch keine Rechtssicher-
21 heit für Ärztinnen und Ärzte und Patientinnen bedeu-
22 tet, ist nicht akzeptabel. Repressive Gesetze, die Frauen
23 und Ärztinnen und Ärzte unterdrücken, lehnen wir ab!

24 **A12/I/2018**

25 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**

26 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

28 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

29

30 **Streichung §219a StGB**

31 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die er-
32 satzlose Streichung des § 219a StGB zügig umzusetzen.

33

34 **Begründung**

35 Das Anbieten von Informationen über die Durchfüh-
36 rung von Schwangerschaftsabbrüchen darf nicht zur
37 strafrechtlichen Verfolgung von Ärztinnen und Ärzten
38 führen. Dies stellt eine Kriminalisierung von Ärztinnen
39 und Ärzten dar.

40 Informationen über medizinische Behandlungen müs-
41 sen grundsätzlich frei zugänglich sein. Frauen dürfen in
42 ihrem Recht auf freie Information, freie Arztwahl und
43 sexuelle Selbstbestimmung nicht eingeschränkt wer-
44 den.

1 **A13/I/2018**

2 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Kleinere Geburtskliniken nicht schließen!**

8 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass nicht
9 noch mehr kleinere Geburtskliniken aus wirtschaft-
10 lichen Gründen geschlossen werden. Der Status quo
11 muss im Interesse einer wohnortnahen und qualitativ
12 hochwertigen Geburtshilfe dringend aufrechterhalten
13 werden. Mindestmengen für Geburten, die aus ökonomischen
14 Gründen für Geburtskliniken erhoben werden,
15 lehnen wir ab.

16

17 **Begründung**

18 Die AOK fordert in ihrem Krankenhausbericht 2017,
19 Geburtskliniken zu schließen, in denen weniger als
20 500 Kinder pro Jahr geboren werden. Eine Mindest-
21 mengenregelung von 500 Geburten im Jahr würde die
22 Schließung etwa jeder dritten der noch existierenden
23 700 Geburtshilfen bedeuten. Dies würde vor allem
24 Kliniken in ländlicheren Regionen treffen.

25 Einer Studie des gemeinnützigen Picker-Instituts zufolge
26 ist die Versorgung der Gebärenden und Wöchnerinnen
27 in kleineren Kliniken mit bis zu 500 Geburten im
28 Jahr aus Sicht der Betroffenen besser als in großen Häu-
29 sern mit über 2000 Geburten pro Jahr.

30 Die Mehrheit der Gebärenden und auch die große Mehr-
31 heit der Neugeborenen braucht eine gute Grundbetreu-
32 ung für die Fragen, die sich bei einer Geburt ohne Kom-
33 plikationen ergeben, und nicht die in großen Krank-
34 häusern vorhandene Expertise über eine Geburt mit
35 Komplikationen. Eine Geburt ist in erster Linie ein na-
36 türlicher Prozess und keine Krankheit. In großen Häu-
37 sern ist aber genau diese Grundbetreuung oft nicht ge-
38 geben, da die Hebammen und das medizinische Per-
39 sonal sich auf zu viele Geburten gleichzeitig konzen-
40 trieren müssen und die „normalen“ Fälle weniger Be-
41 achtung verlangen als diejenigen mit Komplikationen.
42 Doch auch eine „normale“ Geburt hat bestmögliche Be-
43 treuung verdient! Und diese bestmögliche Betreuung
44 mit Hebammen, die Zeit für die werdende Mutter und
45 das Kind haben, ist in kleineren Kliniken eher gegeben.
46 Weiterhin führen große Kliniken mit medizinischen Res-
47 sourcen aus Gründen der Verfügbarkeit unter anderem
48 auch dazu, dass schneller medizinische Eingriffe wie ein
49 Kaiserschnitt durchgeführt werden, wo dieser vielleicht
50 noch gar nicht nötig gewesen wäre.

51 Hinzu kommt, dass in ländlicheren Regionen und bei
52 weiterer Entfernung vom Krankenhaus oft eine zeitige-
53 re Anreise ins Krankenhaus erfolgt, die zum einen wie-
54 derum schneller zu einem medizinischen Eingriff bei der
55 Geburt führen kann, zum anderen zu einer schlechte-
56 ren persönlichen Betreuung der Gebärenden durch die
57 Familie, die eine größere Entfernung zurücklegen muss
58 und dies unter Umständen nicht leisten kann. Des Wei-

1 teren kann die größere Entfernung zum Krankenhaus
2 dazu führen, dass Frauen ein Krankenhaus nicht mehr
3 rechtzeitig erreichen, bevor die Geburt beginnt.

4 **A14/I/2018**

5 **Abt. 16 (Grünes Dreieck)**

6 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

7 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

8 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

9

10 **Kinder schützen und Eltern besser informieren: Impf-**
11 **pflicht in Deutschland einführen!**

12 1) Die SPD setzt sich für die Einführung einer Impf-

13 pflicht für Kinder zur Prävention besonders schwe-

14 rer und/oder ansteckender Krankheiten ein. Die Impf-

15 pflicht soll die aktuell von der Ständigen Impfkommis-

16 sion (STIKO) empfohlenen Impfungen umfassen. In der

17 abschließenden Liste enthalten sind folgende Krank-

18 heiten: Tetanus (Wundstarrkrampf), Diphtherie (Bräu-

19 ne), Pertussis (Keuchhusten), Poliomyelitis (Kinderläh-

20 mung), Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln, Hib (Ha-

21 emophilus influenzae Typ b), Varizellen (Windpocken),

22 Meningokokken, Pneumokokken, Rotaviren und HPV

23 (Humane Papillomaviren).

24 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Ge-

25 setzentwurf zu erarbeiten, der

- 26 • die STIKO am Robert-Koch-Institut in Berlin beauf-
- 27 tragt, regelmäßig Vorschläge für die Anpassung der
- 28 Liste schwerer vermeidbarer Erkrankungen zu er-
- 29 stellen und die Bundesregierung entsprechend zu
- 30 beraten. Die Ergänzung der oben genannten Lis-
- 31 te impfpflichtiger Krankheiten bedarf der Gesetzes-
- 32 form.
- 33 • sicherstellt, dass Eltern impfpflichtiger Kinder von
- 34 den Kinder- oder HausärztInnen umfänglich über
- 35 Wirkungen und Nebenwirkungen vorgeschriebener
- 36 Impfungen informiert werden.
- 37 • eine breit angelegte Informationskampagne der
- 38 Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung
- 39 (BzGA) enthält, die über das Impfen aufklärt.
- 40 • ein wirksames und durchsetzbares mehrstufiges
- 41 Sanktionierungsverfahren wie z.B. im Rahmen der
- 42 Schulpflicht enthält.

43

44 Die KDV möge beschließen,

45 der LPT möge beschließen,

46 2) Der Senat wird aufgefordert, die bezirklichen

47 öffentlichen Gesundheitsdienste (ÖGD) finanziell so

48 auszustatten, dass es ihnen ermöglicht wird, bei schwer

49 erreichbaren Bevölkerungsgruppen, eine aufsuchende

50 Impfberatung durchführen zu können.

51

52 **Begründung**

53 Als Sozialdemokratie ist es unsere Aufgabe, für die

54 Schwächsten der Gesellschaft einzustehen. Kinder sind

55 eine besonders sensible Gruppe. Sie können sich noch

56 nicht selbstständig vor Krankheiten schützen. Es ist

1 deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Eltern
2 in Bezug auf die Gesundheit ihrer Kinder möglichst
3 umfassend zu informieren und Kinder vor Krankheiten
4 zu schützen. Impfverweigerer gehen nicht nur für ihre
5 eigenen, sondern auch für andere Kinder ein hohes
6 Risiko ein und gefährden die Gesundheit aller. Die
7 Ständige Impfkommision am Robert-Koch-Institut
8 (RKI) in Berlin warnt deshalb, dass Deutschland beim
9 Impfschutz immense Rückschritte zu verzeichnen hat.
10 In den letzten Jahren traten zwei Drittel aller europäi-
11 schen Masernfälle in Deutschland auf. Bei Ausbrüchen
12 dieser und anderer „Kinderkrankheiten“ mussten allein
13 2017 in mehreren Fällen Kindergärten, Schulen und
14 Berufsschulen vorübergehend geschlossen werden.
15 Längst ausgestorbene Krankheiten gefährden plötzlich
16 wieder unsere Gesellschaft. Eine umfassendere Aufklä-
17 rung, aufsuchende Beratung und die Einführung einer
18 Impfpflicht für besonders schwere und/oder anstecken-
19 de Erkrankungen kann dieses Problem lösen.

20 **A16/I/2018**

21 **Jusos Mitte**

22 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

25

26 **Für einen sozial-ökologischen Wandel – Braunkoh-
27 leausstieg schrittweise einleiten!**

28 Der durch menschliche Aktivitäten verursachte Klima-
29 wandel hat besorgniserregende Folgen für Deutschland
30 und die Welt. Die CO₂-Emissionen in Deutschland sind
31 seit acht Jahren nicht mehr nennenswert gesunken –
32 dies gilt trotz steigendem Anteil erneuerbarer Energi-
33 en auch für die Stromerzeugung. Einen großen Anteil
34 an den Emissionen hat die Verstromung von Braun- und
35 Steinkohle. Diese ist aus verschiedenen Gründen, ins-
36 besondere wegen Versäumnissen bei der Energie- und
37 Klimapolitik, in den letzten Jahren nahezu konstant ge-
38 blieben. Deutschland steht kurz davor, seine nationa-
39 len Klimaschutzziele für 2020 und 2030 nicht einhalten
40 können.

41 **Globale Verantwortung wahrnehmen**

42 Deutschland hat beim Kampf gegen die Klimakrise eine
43 globale Verantwortung. Zu einem, weil es im weltwei-
44 ten Vergleich einen hohen CO₂-Ausstoß pro Kopf auf-
45 weist und damit zu den Hauptverursachern des Klima-
46 wandels zählt. Und zum anderen, weil die Bundesrepu-
47 blik aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und ihres techno-
48 logischen Knowhows zu den wenigen Industriestaaten
49 gehört, die vom Potential her in der Lage sind, die En-
50 ergiewende hin zu einer vollständig regenerativen Er-
51 zeugung mit all ihren Elementen in der Erzeugungs-
52 und Infrastruktur technisch, ökonomisch und sozial oh-
53 ne unakzeptable Verwerfungen zu vollziehen – und dies
54 in überschaubarer Zeit. Gelänge dieser Übergang noch
55 deutlich vor 2050 und würden die technischen, ökon-
56 mischen und sozialen Innovationen auf dem Weg da-

1 hin weltweit sichtbar, so wäre dies ein wahrhaft histori-
2 scher Beitrag Deutschlands dafür, andere Länder zu er-
3 mutigen bzw. überhaupt erst in die Lage zu versetzen,
4 einen ähnlichen Weg zu gehen. Unter anderem des-
5 halb, weil die Bundesrepublik Technologie-Lernkurven
6 finanziert, die es auch anderen Staaten ermöglicht, re-
7 generative Erzeugungsanlagen preiswert einzusetzen.
8 Im Kampf gegen die Erderwärmung würde so die Ein-
9 haltung des globalen 2-Grad-Ziels bzw. möglichst des
10 1,5-Grad-Ziels des Pariser Abkommens deutlich realisti-
11 scher.

12 Auf den internationalen Klimakonferenzen präsentiert
13 sich Deutschland jedoch zunehmend als ideenloser und
14 klimapolitisch gelähmter Teilnehmer. Denn mit einer
15 konstant hohen Kohleverstromung und einem zuletzt
16 wieder steigenden CO₂-Ausstoß, drohen wir das natio-
17 nale Klimaziel einer Minderung der Treibhausgasemis-
18 sionen von minus 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990
19 krachend zu verfehlen. Damit verhält sich Deutschland
20 unsolidarisch im Kampf für einen konsequenten Klima-
21 schutz. Wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert
22 wird, gefährdet dies auch den weiteren internationalen
23 Verhandlungsprozess, in dem es jetzt darauf ankommt,
24 das Klimaschutzabkommen von Paris wirksam auszu-
25 gestalten. Klar ist dabei, Deutschland muss schrittwei-
26 se aus der Kohleverstromung aussteigen, wenn die Um-
27 welt geschützt und die Klimaziele erreicht werden sol-
28 len. Gerade Braunkohlekraftwerke mit ihren niedrigen
29 Brennstoffkosten sind aktuell so stark ausgelastet wie
30 seit Jahren nicht mehr. Ein konsequentes Umdenken in
31 der Energiepolitik muss stattfinden und erfordert jetzt
32 politische Entscheidungen.

33 **Schrittweisen Kohleausstieg einleiten**

34 Ein schrittweiser Kohleausstieg muss unverzüglich ein-
35 geleitet werden. Damit könnten nicht nur große Emis-
36 sionsreduktionen zu relativ geringen Kosten erreicht wer-
37 den, sondern es gäbe zudem erhebliche positive Wir-
38 kungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit, vor
39 allem, weil die Emissionen von Quecksilber, Schwefel-
40 dioxid, Stickstoffoxiden und Feinstäuben reduziert wür-
41 den. Eine emissionsarme Stromerzeugung ist darüber
42 hinaus Voraussetzung für die erfolgreiche Dekarboni-
43 sierung des Verkehrs und der Wärmeversorgung, die im
44 Zuge einer Sektorkopplung zunehmend strombasiert
45 sein werden.

46 Das Ende der Steinkohle ist absehbar, bis 2018 wird der
47 Abbau in Deutschland beendet. Nicht so bei der Braun-
48 kohle, derzeit gibt es noch zehn aktive Tagebaue. Braun-
49 kohle ist der mit Abstand umweltschädlichste Energie-
50 träger. Kein anderer Brennstoff verursacht bei der Ver-
51 brennung mehr CO₂, sein Abbau zerstört weiträumig
52 Natur und Landschaften und vertreibt Menschen aus ih-
53 rer Heimat.

54 Braunkohle gilt noch immer als „billiger“ Rohstoff – eine
55 Beschreibung, die falscher nicht sein könnte. Die Folge-
56 kosten für Umwelt und Klima werden durch die Strom-
57 preise kaum abgebildet. Es gibt in Deutschland keinen
58 größeren Eingriff in Natur, Landschaft und Gewässer-
59 haushalt als die Tagebaue. Auf bislang mehr als 175.000

1 Hektar Fläche haben sich Braunkohlebagger in den Un-
2 tergrund gewühlt und dabei wertvolle Ackerflächen,
3 Grünland, uralte Wälder, Gewässer und Siedlungen zer-
4 stört. Werden allein die schon genehmigten Tagebaue
5 voll ausgeschöpft, würde rund drei Mal mehr Kohle ver-
6 braucht als mit unseren Klimazielen vereinbar wäre.
7 Um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad,
8 möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, wie in Paris be-
9 schlossen und von Deutschland völkerrechtlich bindend
10 ratifiziert, muss der vollständige Ausstieg aus der Koh-
11 leverstromung bis spätestens 2030 abgeschlossen sein.
12 Rund 60 Prozent der Braunkohle, deren Abbaggerung
13 bereits genehmigt ist, muss im Boden bleiben. Es dürfen
14 keine neuen Tagebaue mehr eröffnet werden. Derzeit
15 gibt es noch drei große Tagebauregionen: das Lausitzer
16 Revier in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen,
17 das Mitteldeutsche Revier in den Bundesländern Sach-
18 sen und Sachsen-Anhalt sowie das Rheinische Revier
19 in Nordrhein-Westfalen. Obwohl schon die Braunkohle
20 in den genehmigten Tagebauen größtenteils im Boden
21 bleiben müsste, sind weitere sechs neue Tagebaue in
22 Planung. Durch aktuelle und geplante Tagebaue drohen
23 rund 8.500 Menschen ihre Heimat zu verlieren. Hinzu
24 kommt: Allein durch Verstromung Braunkohle aus neu-
25 en Tagebauen würden ca. 1,6 Gigatonnen CO₂ emittiert
26 werden – mehr als 15 Prozent aller Treibhausgasemis-
27 sionen, die Deutschland im Rahmen des Pariser Abkom-
28 mens rechnerisch insgesamt noch zustehen.

29 **Ausstieg sozialverträglich und proaktiv gestalten**

30 Wenn die Kohleverstromung zurückgeht, wird regio-
31 nal ein Strukturwandel beschleunigt, der auch mit Ar-
32beitsplatzverlusten in den betroffenen Branchen ein-
33 hergeht. Es ist nötig, diesen Wandel sozialverträglich
34 zu gestalten und durch neue Arbeitsplätze in der En-
35 ergiewirtschaft oder anderen Branchen zu kompensie-
36 ren. Die Kohleregionen brauchen dafür jetzt Planungs-
37 sicherheit und Investitionen für den nötigen Struktur-
38 wandel – an einem veralteten Energieträger festzuhal-
39 ten, wird ihnen nicht weiterhelfen. Betriebsbedingte
40 Kündigungen infolge des Kohleausstiegs in den Unter-
41 nehmenssparten sind in jedem Fall zu verhindern. Da-
42 für sind angesichts der Altersstruktur der Beschäftig-
43 ten in der Braunkohlewirtschaft vorrangig Instrumente
44 wie Altersteilzeit oder Vorruhestand zu nutzen. Mit dem
45 Kohleausstieg verbundene Lücken bei Einkommen oder
46 Altersbezügen für die Beschäftigten sind angemessen
47 zu schließen. Ferner würde die Beschleunigung des Aus-
48 baus erneuerbarer Energien und gezielte Regionalent-
49 wicklung Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Für
50 die Braunkohleregionen soll hierzu hinaus ein Fonds be-
51 reitstehen, welcher jährlich mit mindestens 500 Mio.
52 Euro ausgestattet werden soll. Dieser Betrag entspräche
53 knapp der Hälfte der laufenden jährlichen Steinkohle-
54 subventionen. Mit dem Auslaufen des Steinkohleberg-
55 baus und dessen Subventionen in 2018 könnte ein Teil
56 dieser Gelder gezielt für die Strukturentwicklung in den
57 Braunkohlerevieren verwendet werden. Zentral ist, dass
58 es gemeinsam mit den Arbeitnehmer*innen entwickelt
59 und beschlossen wird. Ziel eines solchen Programms

1 sollte es sein, die derzeitigen Braunkohlereviere nach-
2 haltig weiterzuentwickeln und somit eine mögliche De-
3 industrialisierung zu verhindern. Eine aktive Struktur-
4 politik gezielt für diese Regionen sollte daher von Be-
5 ginn an parallel zu energiewirtschaftlichen Ausstiegs-
6 szenarien mitgedacht werden. Bei der Identifizierung
7 und Förderung von möglichen Förderschwerpunkten in
8 den Kohlerevieren muss hierbei immer einbezogen wer-
9 den, inwiefern diese mit den langfristigen Klimaschutz-
10 zielen Deutschlands vereinbar sind. So sollten gezielt
11 nachhaltige Zukunftsmärkte, wie beispielsweise erneu-
12 erbare Energien oder Elektromobilität, gefördert wer-
13 den. Mit dem Ausbau vor allem der Wind- und So-
14 larenergie Arbeitsplätze können ersetzt werden – die
15 Flächenpotenziale für den dafür erforderlichen Ausbau
16 reichen in den betroffenen Bundesländern aus. Zudem
17 werden die Energiekonzerne nach einem Kohleausstieg
18 einen großen Anteil der in den Tagebauen beschäftig-
19 ten Arbeitnehmer*innen für die notwendigen Folgetä-
20 tigkeiten noch jahrelang benötigen.

21 Für das Gelingen des Strukturwandels ist es dem-
22 entsprechend wichtig, wie dieser Ausbau angegangen
23 wird. Denn: Je höher die regionale Wertschöpfung, des-
24 to mehr Arbeitsplätze in den Braunkohlerevieren. Der
25 Fokus in der Energiepolitik muss daher verstärkt auf
26 Energiegenoss*innenschaften gesetzt werden. Mithil-
27 fe dieser demokratisch organisierten, ökologischen und
28 bürger*inneneigenen Energiegesellschaften kann die
29 sichere und preisgünstige Versorgung klimafreundli-
30 cher Energie in der Zukunft sichergestellt werden. Auch
31 sie und bereits bestehende, zahlreiche Initiativen von
32 regionalen Unternehmen, welche sinnvolle Anschluss-
33 tätigkeiten anbieten, beispielsweise in den Bereichen
34 der Erneuerbaren Energien, im Bereich von Ingenieurs-
35 und Bohrdienstleistungen sowie im Garten- und Land-
36 schaftsbau.

37 Die unmittelbaren Kosten des Kohleausstiegs dürfen
38 dabei nicht auf dem Rücken der Verbraucher*innen ab-
39 geladen werden. Schon jetzt ist aber klar: Wenn die
40 Kohlekraftwerke wegfallen, steigt der Börsenpreis des
41 Stroms nur leicht, im Mittel um 0,1 bis 0,3 Cent pro
42 Kilowattstunde. Bei den Endverbraucher*innen kommt
43 das kaum an, denn ein höherer Börsenstrompreis lässt
44 die EEG-Umlage sinken – die Stromrechnung verändert
45 sich durch den Kohleausstieg nur unwesentlich, das
46 Gewinnkonto der Energieunternehmen, die mit dem
47 schmutzigen Kohlestrom im Ausland Geld verdienen,
48 allerdings schon. Dennoch müssen Maßnahmen im Fal-
49 le von Strompreiserhöhungen, die auf den forcierten
50 Kohleausstieg zurückzuführen sind, eingeleitet werden,
51 um diese für private Stromkunden zu kompensieren.

52 Deutschland ist einer der größten Stromexporteure Eu-
53 ropas. Versorgungsprobleme stehen in weiter Ferne und
54 ein flexibles Backup für schwankende Erneuerbare En-
55 ergien findet sich wohl eher in flexiblen Gaskraftwer-
56 ken. Eine schrittweise Schließung der Kohlekraftwerke
57 führt nicht zu Versorgungsengpässen oder einem stei-
58 genden Strompreis, sondern zu der Einhaltung unserer
59 Klimaziele.

- 1 Wir wollen den bundesweiten Kohleausstieg sozial ge-
2 recht und nachhaltig angehen. Wir fordern daher:
- 3 • einen verbindlichen Kohleausstieg bis 2030. Dieser
4 umfasst einen schnellen Beginn des Ausstiegs mit
5 der kurzfristigen Stilllegung besonders emissions-
6 intensiver Kraftwerke bis 2020, zur Sicherstellung
7 der Versorgungssicherheit und Abfederung der
8 sozialen Herausforderungen ein vorübergehender
9 Weiterbetrieb der moderneren Kohlekraftwerke bis
10 2030 mit begrenzter Auslastung, sowie ein sukzes-
11 sives Abschalten der letzten Kohlekraftwerke im
12 Verlauf der 2030er Jahre unter Einhaltung des vor-
13 her festgelegten CO₂-Emissionsbudgets,
 - 14 • ein Festschreiben des verbleibenden CO₂-
15 Emissionsbudgets in einem Kohleausstiegsgesetz,
 - 16 • eine arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch
17 Begleitung des Ausstiegs aus der Braunkohlever-
18 stromung wobei insbesondere Interessenvertre-
19 ter*innen der Beschäftigten vor Ort und der Region
20 wirksam einzubinden sind. Finanziell ist dieser Pro-
21 zess durch einen Strukturwandelfonds des Bundes
22 in Höhe von jährlich mindestens 500 Millionen Eu-
23 ro abzusichern. Er wird für die infolge des Kohleaus-
24 stiegs vom Strukturwandel betroffenen Beschäftig-
25 ten und Regionen bereitgestellt,
 - 26 • die Verhinderung betriebsbedingte Kündigungen
27 infolge des Kohleausstiegs in den Unternehmens-
28 sparten. Dafür sind angesichts der Altersstruktur
29 der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft vor-
30 rangig Instrumente wie Altersteilzeit oder Vorruhe-
31 stand zu nutzen. Mit dem Kohleausstieg verbunde-
32 ne Lücken bei Einkommen oder Altersbezügen für
33 die Beschäftigten sind angemessen zu schließen,
 - 34 • keine Stilllegungsprämien für Kraftwerksblöcke,
 - 35 • die Finanzierung der Folgekosten der Braunkohle-
36 förderung soll durch die Bildung eines ausreichend
37 ausgestatteten staatlichen Nachsorgefonds gesi-
38 chert werden, in den die bisherigen Nachsorge-
39 Rückstellungen der Tagebaubetreiber sowie eine
40 Förderabgabe auf die Braunkohleförderung einge-
41 hen,
 - 42 • Einleitung von Maßnahmen im Falle von Strom-
43 preiserhöhungen, die auf den forcierten Kohleaus-
44 stieg zurückzuführen sind, um diese für private
45 Stromkunden zu kompensieren,
 - 46 • den Einsatz auf europäischer Ebene dahingehend,
47 dass über eine Änderung der EU- Emissionshan-
48 delsrichtlinie jene Menge an CO₂-Emissionsrechten
49 (EUA) endgültig stillgelegt wird, welche infolge des
50 deutschen Kohleausstiegs frei wird,
 - 51 • den Ausbau der Förderung von Energiege-
52 noss*innenschaften.

1 **A18/I/2018**

2 **Jusos Mitte**

3 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **“Mein Körper geht nur mich etwas an!": Stop Fatshaming!**

7
8 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beschäftigen wir uns mit verschiedenen Formen der Diskriminierung. In unserer Gesellschaft ist seit jeher zu beobachten, dass die Akzeptanz verschiedener Körperformen sowie deren Freiheit, selbst darüber verfügen und entscheiden zu können, umstritten ist. Alles was nicht der Norm entspricht, wird angeschaut und verurteilt. Die Gesellschaft verkörpert ein Körperideal, welches es einzuhalten gilt und propagiert, dass ein gesunder Körper ein schlanker Körper ist. Doch kann ein Mensch in dieser Abhängigkeit selbstbestimmt leben? Und ist diese Gesellschaftsform ein Abbild unserer vielfältigen Gesellschaft? Nein! Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beginnt Selbstbestimmung bei jeder*jedem Einzelnen, die*der aus eigener Überzeugung heraus freie Entscheidungen trifft. Besonders Frauen* und queere* Menschen müssen sich immer wieder Räume für ihren eigenen Körper erstreiten.

26 Oft sind sie Stigmatisierungen und Ausgrenzung ausgesetzt. Dabei steht jedem Menschen das Recht auf ein Leben unabhängig gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu.

30 Jedoch wissen wir, dass dieser Weg noch erkämpft und verteidigt werden muss. Aus diesem Grund wollen wir uns als SPD Mitte eingehend mit Gewichtsdiskriminierung auseinandersetzen, es in die SPD sowie in die Gesellschaft tragen und die Gesellschaft dahingehend verändern, dass Diskriminierung aufgrund des Gewichts bekämpft und die Diversität der Körperformen akzeptiert wird.

38 **Analyse der derzeitigen Situation**

39 Gegenwärtig befinden wir uns in unruhigen Zeiten, in dem der Wegfall bestehender Bezugspunkte, Identitätsprobleme auf den Körper übertragen. Daneben ist unsere schnelllebige und moderne Gesellschaft stark von visuellen Medien geprägt. Durch diese Prägung gewinnt der Körperkult zunehmend an Bedeutung und wird als Symbol der Klassenidentität wahrgenommen, wodurch Menschen und insbesondere Geschlechter ihrer Körperform nach in gesellschaftliche Schichten kategorisiert werden: Dünnen und schlanken Körpern werden Adjektive wie gesund, fit, fleißig und zielstrebig zugesprochen. Dicken und hochgewichtigen Körpern hingegen werden Eigenschaften wie unsportlich, krank, unmotiviert und faul verknüpft. Im Rahmen des 10-jährigen Jubiläums des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG) ergab eine repräsentative Umfrage, dass zwei Drittel der befragten Personen Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihres Gewichts und ihres äußerlichen Erscheinungsbildes in den entscheidenden Lebensbereichen wie dem Arbeitsmarkt, Bildung,

1 Mobilität, Freizeit, Privatleben, Gesundheit und Pflege
 2 machten. Vor allem im Bereich Gesundheit und Pflege
 3 kritisierten die befragten Personen die mangelhafte
 4 Ausstattung der Krankenhäuser im Gesundheitssystem
 5 und die herablassende Äußerungen durch das Kranken-
 6 hauspersonal.
 7 Laut einer Umfrage der DAK finden 75 Prozent der Män-
 8 ner* und 67 Prozent der Frauen* hochgewichtige Men-
 9 schen unästhetisch.
 10 Bereits Kinder und Jugendliche werden insofern sozia-
 11 lisiert, dass sie andere dicke und hochgewichtige Kin-
 12 der und Jugendliche ausgrenzen. Diskriminierung auf-
 13 grund eines hohen Körpergewichts passiert somit täg-
 14 lich, überall und betrifft immer mehr Menschen. Die ne-
 15 gativen sozialen und gesundheitlichen Konsequenzen
 16 von Gewichtsdiskriminierung führen zu gesellschaftlicher
 17 und sozialer Ausgrenzung. Zudem führen Stress
 18 und Ausgrenzung zu Körperbildstörungen, Essstörun-
 19 gen und Depressionen. Besonders Frauen* und queere*
 20 Menschen sind von dieser Art der Diskriminierung be-
 21 troffen, die neben intersektioneller Diskriminierung wie
 22 Herkunft, sexuelle Orientierung oder des Alters, weit
 23 verbreitet ist.
 24 Studien besagen, dass Frauen* ihrem Körper eine weit-
 25 aus höhere Bedeutung für das eigene Selbstbild zu-
 26 schreiben als Männer*. Auslöser dieser verzerrten Wahr-
 27 nehmung ist, dass Frauen* stärker von gesellschaftlichen
 28 Zwängen betroffen sind. Die sexistische Mode-
 29 und Schönheitsindustrie bekräftigt diese Zwänge, die
 30 das Bild der perfekten und makellosen Figur mit
 31 entsprechender Kleidergröße sowie den permanenten
 32 Druck des Diäthaltens als Lebensmittelpunkt der Frau*
 33 propagieren.
 34 **Gewichtsdiskriminierung als bildungspolitische Aufga-**
 35 **be verstehen**
 36 Schon in der frühkindlichen Erziehung ist Gewichtsdis-
 37 kriminierung offensichtlich zu erkennen. Internationale
 38 Studien zeigen, dass Gewichtsdiskriminierung die mit
 39 Abstand häufigste Form von Diskriminierung an Schu-
 40 len ist und bereits in der ersten Klasse nachgewiesen
 41 werden kann. Diese Kinder und Jugendliche, die unter
 42 Gewichtsdiskriminierung im Kindergarten und in der
 43 Schule leiden, weisen doppelt so häufig Suizidversuche
 44 und depressive Zustände auf wie Kinder und Jugendli-
 45 che, die nicht unter Gewichtsdiskriminierung leiden.
 46 **Daher fordern wir die Senatsverwaltung für Bildung, Ju-**
 47 **gend und Familie auf, Gewichtsdiskriminierung, Schön-**
 48 **heitsideale und Körperdiversität in die Rahmenlehrplä-**
 49 **ne des Landes Berlin für die Fächer Geschichte, Sach-**
 50 **kunde, Sozialkunde, Biologie, Ethik und Philosophie**
 51 **aufzunehmen.**
 52 **Zudem fordern wir die zuständige Senatsverwaltung**
 53 **auf, die Lehrkräfte mit pädagogischen Aus-, Fort- und**
 54 **Weiterbildungen für Gewichtsdiskriminierung zu sensi-**
 55 **bilisieren.**
 56 Außerdem werden in der Literatur dicke und hochge-
 57 wichtige Menschen als defizitär dargestellt oder gar
 58 nicht berücksichtigt. Bereits in Kinderbüchern lassen
 59 sich stereotypische Darstellungen finden, die Gewichts-

1 diskriminierung spürbar verstärken.
2 **Daher fordern wir das Land Berlin auf, zusätzliche fi-**
3 **nanzielle Mittel für die Bibliotheken zur Verfügung zu**
4 **stellen, um gezielte Titel sowie Bücher in den Bestand**
5 **aufzunehmen, die ein positives Körperbild fördern. Da-**
6 **bei soll das Land Berlin vor allem den Schwerpunkt im**
7 **Bereich der Kinder- und Jugendbücher setzen und ent-**
8 **sprechende Verlage mit Landeszuschüssen unterstüt-**
9 **zen.** Ziel ist es, dass verstärkt Bücher in den Bestand der
10 Bibliotheken aufgenommen werden, die die Diversität
11 verschiedener Körperformen aufzeigen und mit Vorur-
12 teilen, die gegenüber einem hohen Körpergewicht be-
13 stehen, aufräumen.
14 **Anonymisierte Bewerbungsverfahren für die Stellenbe-**
15 **setzung im öffentlichen Dienst bis 2020**
16 Ein Foto im Lebenslauf ruft bekanntlich Vorurteile her-
17 vor. Vor Allem bei dicken und hochgewichtigen Men-
18 schen senkt ein Foto die Chance, zu einem Bewer-
19 bungsgespräch eingeladen zu werden, erheblich. Das
20 zeigt eine Studie der Universität Tübingen, in der
21 dicke Frauen* besonders bei Personalentscheidungen
22 schlecht abschnitten: 98 Prozent der befragten Perso-
23 nalleiter*innen trauten dicken Frauen* keine prestige-
24 trächtigen Berufe in Führungspositionen wie Ärztin*
25 oder Architektin* zu. Anonymisierte Bewerbungsver-
26 fahren können dafür sorgen, dass dicke und hochge-
27 wichtige Menschen in der Vorauswahl für ein Bewer-
28 bungsgespräch nicht aufgrund ihres äußeren Erschei-
29 nungsbildes aussortiert werden. Bereits von März 2014
30 bis März 2015 wurde im Rahmen des Berliner Pilotpro-
31 jekts Vielfalt fördern das Verfahren der anonymisierten
32 Bewerbung getestet. **Wir fordern die Senatskanzlei und**
33 **die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und So-**
34 **ziales auf, das im Pilotprojekt getestete Verfahren der**
35 **anonymisierten Bewerbung in der öffentlichen Verwal-**
36 **tung und den Landesbetrieben flächendeckend bis 2020**
37 **einzuführen.**
38 **Verbeamtung für Menschen mit hohem Körpergewicht**
39 **erleichtern**
40 Gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzbuches (GG)
41 muss eine Person nach Ermittlung ihrer*seiner Eignung,
42 Befähigung und fachlichen Leistung gleichberechtig-
43 ten Zugang zur Verbeamtung haben. Die besagte Eig-
44 nung einer Person für den öffentlichen Dienst wird u.
45 a. in Form einer amtsärztlichen Untersuchung ermit-
46 telt. Da das Körpergewicht im medizinischen Kontext
47 oft voreilige und denunzierende Schlüsse auf den Ge-
48 sundheitszustand und die Leistungsfähigkeit einer Per-
49 son zieht, erhalten dicke und hochgewichtige Verbeam-
50 tungskandidat*innen nach dieser Untersuchung häufig
51 einen negativen Bescheid. Seit einem richtungsweisen-
52 den Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts aus
53 dem Jahr 2013 hat dieser diskriminierende und negative
54 Bescheid der amtsärztlichen Untersuchung keinen Be-
55 stand mehr. Leider findet diese Rechtsprechung weder
56 im Berliner Kammergesetz noch in der Weiterbildungs-
57 ordnung der Berliner Ärztekammer Geltung.
58 **Daher fordern wir die Senatsverwaltung für Gesund-**
59 **heit, Pflege und Gleichstellung und die Berliner Ärzte-**

1 kammer auf, die Weiterbildungsordnung um das Merk-
2 mal der Gewichtsdiskriminierung auszuweiten. Durch
3 intern organisierte Fort- und Weiterbildungen sollen
4 Amtsärzt*innen über die Diversität der Körperformen
5 aufgeklärt und sensibilisiert werden.

6 **Gleichzeitig fordern wir die Senatsverwaltung für Ge-**
7 **sundheit, Pflege und Gleichstellung und die Senatsver-**
8 **waltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskri-**
9 **minierung dazu auf, im Bereich der gesundheitlichen**
10 **Versorgung die Ärzt*innenschaft sowie das Gesund-**
11 **heitspersonal für Diskriminierung des Körpergewichts**
12 **gesetzlich zu sensibilisieren und diese Vorgabe in die**
13 **Berufsordnung zu übernehmen. Des Weiteren fordern**
14 **wir, dass entsprechende medizinische Geräte in Kran-**
15 **kenhäusern und Arztpraxen angeschafft werden, da-**
16 **mit die notwendigen Untersuchungen von dicken und**
17 **hochgewichtigen Menschen gewährleistet wird.**

18 **Health-at-Every-Size-(HAES)-Ansätze fördern**

19 Medizinische Maßnahmen für „gesunde Ernährung“ er-
20 folgen in der Regel um „Übergewicht“ und Adipositas
21 präventiv zu bekämpfen. Denn oft wird gesunde Er-
22 nährung mit einem gesunden und schlanken Körper-
23 gewicht gleichgesetzt. Gesunde Ernährung führe auto-
24 matisch zu einem gesunden Körpergewicht, wodurch
25 „gesund“ in unserer Gesellschaft meist mit „dünn“
26 oder „schlank“ gleichgesetzt wird. Bereits dicke Kinder
27 und Jugendliche erfahren eine starke Ablehnung durch
28 Gleichaltrige. Sie sehen sich mit dem Vorurteil konfron-
29 tiert, ihr Dicksein sei ein Defizit sowie ein Zeichen man-
30 gelnder Ernährungsbildung und Willenskraft. Der Stig-
31 matisierung des dicken und hochgewichtigen Körpers
32 durch die ausschließliche Gleichsetzung von „dünn“
33 mit „gesund“ muss hier entschlossen entgegengewirkt
34 werden.

35 **Darum fordern wir die Senatsverwaltung für Gesund-**
36 **heit, Pflege und Gleichstellung auf kurzfristig Mitglie-**
37 **der für die Landesgesundheitskonferenz zu berufen, die**
38 **einen Health-At-Every-Size-(HAES)-Ansatz vertreten.**

39 **Langfristig fordern wir die zuständige Senatsverwal-**
40 **tung auf ein Aktionsprogramm und Aufklärungsbro-**
41 **schüren zu entwickeln, die eine körperpositive Entwick-**
42 **lung fördert, Gewichtsvielfalt als Teil der menschlichen**
43 **Diversität begreift und Gewichtsdiskriminierung ent-**
44 **scheidend bekämpft.**

45 **Body Mass Index (BMI) als Gesundheitsindikator ab-**
46 **schaffen**

47 Der Body Mass Index (BMI) berechnet das vermeint-
48 liche Über-, Unter- und Normalgewicht eines Men-
49 schen. Seine Aussagekraft als Gesundheitsindikator ist
50 in der Fachwelt stark umstritten, denn der BMI lässt we-
51 der Schlüsse über die Körperfettverteilung noch über
52 den Anteil der Muskelmasse der betreffenden Person
53 zu. Aktuell wird er beispielsweise im Rahmen der Ein-
54 schulungsuntersuchungen bei Kindern des Landes Ber-
55 lin eingesetzt. Aufgrund seines zweifelhaften Nutzens
56 fordern wir, dass der Body Mass Index keine weite-
57 re Verwendung als Gesundheitsindikator finden darf
58 und somit als Gesundheitsindikator abgeschafft wer-
59 den muss.

1 **Mobilität dicker und hochgewichtiger Menschen im Öff-**
 2 **entlichen Nahverkehr verbessern**

3 Derzeit stellen enge Gänge, Armlehnen, die nicht hoch-
 4 geklappt werden können, Ritzen oder Giebel, wie
 5 sie sich beispielsweise zwischen Kunststoffschalensit-
 6 zen ergeben, ein schmerzhaftes Hindernis für dicke
 7 und hochgewichtige Personen dar. Dabei würden brei-
 8 te Gänge und geeignete Sitzmöglichkeiten dicken und
 9 hochgewichtigen Menschen die uneingeschränkte Nut-
 10 zung des öffentlichen Personennahverkehrs ermögli-
 11 chen. Auch wenn sich § 8 Abs. 3 des Personenbeför-
 12 derungsgesetzes (PBefG) für die „Belange der in ihrer
 13 Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen“
 14 ausspricht und sich das „Ziel [gesetzt hat,] bis zum 1.
 15 Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu errei-
 16 chen.“, werden die Bedürfnisse dicker und hochgewich-
 17 tiger Menschen bei der Gang- und Sitzplatzgestaltung
 18 der öffentlichen Verkehrsmittel mit diesem Begriff der
 19 Barrierefreiheit bisher nicht beachtet. Wir fordern da-
 20 her die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Kli-
 21 maschutz auf, die hochgewichtige Personengruppe so-
 22 wie ihre Bedürfnisse detailliert im Nahverkehrsplan des
 23 Landes Berlin zu nennen.

24 **Erweiterung der Vorschriften zur Barrierefreiheit der**
 25 **Landesbauordnung**

26 Bei der Planung von öffentlichen Gebäuden und Ge-
 27 werbebauten werden die Bedürfnisse von dicken und
 28 hochgewichtigen Menschen häufig nicht bedacht. So
 29 werden beispielsweise zu enge Durchgänge und unzu-
 30 reichend belastbares oder einengendes Mobiliar vor-
 31 gesehen. **Wir verlangen, dass die Senatsverwaltung**
 32 **für Stadtentwicklung und Wohnen durch eine entspre-**
 33 **chende Erweiterung der Landesbauordnung und der**
 34 **zugehörigen Informationsmaterialien, die Barrierefrei-**
 35 **heit für dicke und hochgewichtige Menschen gewähr-**
 36 **leistet. Darüber hinaus fordern wir die zuständige Se-**
 37 **natsverwaltung auf, einen entsprechenden Antrag zur**
 38 **Aktualisierung der DIN-Norm 18 040 für barrierefreies**
 39 **Bauen einzubringen.**

40 Wir gehen davon aus, dass die Senatsverwaltung für
 41 Stadtentwicklung und Wohnen diese Maßnahmen bis
 42 zum Jahr 2020 umsetzt.

43 **Gewichtsdiskriminierende Werbung auf den bezirksei-**
 44 **genen Werbeflächen verbieten**

45 Mehreren Berliner Bezirken liegen Beschlüsse vor, die
 46 „diskriminierende, frauen*feindliche und sexistische
 47 Außenwerbung“ auf den bezirkseigenen Werbeflächen
 48 untersagen. Der Begriff „diskriminierend“ schließt in
 49 diesem Fall eine Diskriminierung anhand von Gewicht
 50 nicht ein. Da in unserer Gesellschaft und Medienland-
 51 schaft das Schönheitsideal im weiblichen* Geschlecht
 52 verankert ist, werden vor allem Frauen*, die diesem
 53 Schönheitsideal nicht entsprechen, benachteiligt und
 54 sind in hohem Maße von zugespitzter und sexistischer
 55 Werbung betroffen.

56 **Aus diesem Grund fordern wir die Senatsverwaltung für**
 57 **Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung auf,**
 58 **gewichtsdiskriminierende und sexistische Außenwer-**
 59 **bung flächendeckend im Land Berlin zu untersagen.**

1 **Gewichtsvielfalt als Teil von Diversität verstehen und**
 2 **kommunizieren**

3 Obwohl Gewichtsdiskriminierung eine viel verbreite-
 4 te Form der Diskriminierung ist, wird in den aktuellen
 5 Diversity-Ansätzen des Berliner Senats, wie dem Netz-
 6 werk Vielfalt und Chancengleichheit und dem Berli-
 7 ner Diversometer, der Begriff „Gewicht“ nicht berück-
 8 sichtigt. Wir fordern das Land Berlin auf, die entspre-
 9 chende Erweiterung der Gewichtsvielfalt in ihr Ver-
 10 ständnis von Diversität aufzunehmen und die Landes-
 11 stelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung
 12 (LADS) zur Botschafterin dieses erweiterten Verständ-
 13 nisses von Diversität zu ernennen. Durch Fachveran-
 14 staltungen, Aufklärungsseminaren und die Bereitsstel-
 15 lung entsprechender Informationsmaterialien kann die
 16 Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskrimi-
 17 nierung (LADS) das erweiterte Verständnis von Diver-
 18 sität nachhaltig in die Gesellschaft tragen. Zudem ist
 19 das Land Berlin Mitglied der “Charta der Vielfalt”. Die
 20 “Charta der Vielfalt” und ihre Mitglieder – zu der u.a.
 21 verschiedene Unternehmen und Institution angehören
 22 – verpflichten sich dazu, die Anerkennung, Wertschät-
 23 zung und Einbeziehung von Diversität in der Arbeits-
 24 welt voranzubringen. Durch ihre Mitgliedschaft kann
 25 das Land Berlin die inhaltliche Ausrichtung in Mit-
 26 gliederversammlungen mitgestalten und eine entspre-
 27 chende Erweiterung der Charta in Bezug auf Körperviel-
 28 falt als Teil von Diversität anregen.

29 **Erweiterung des Landesantidiskriminierungsgesetzes**
 30 **(LADG) um das Merkmal Gewicht**

31 Darüber hinaus muss der Zuständigkeitsbereich der
 32 Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) um Diskrimi-
 33 nierungen dicker und hochgewichtiger Menschen er-
 34 weitert werden.

35 Die Arbeit der Landesstelle für Gleichbehandlung – ge-
 36 gen Diskriminierung ist auf die in §1 des Allgemeinen
 37 Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie auf die in Art. 10
 38 Abs. 2 und Art. 11 der Berliner Verfassung genannten Dis-
 39 kriminierungsmerkmale ausgerichtet und ist in den fol-
 40 genden Berliner Landesgesetzen festgeschrieben:

- 41 • Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz (LGBG)
- 42 • Berliner Landesgleichstellungsgesetz (LGG)
- 43 • Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz
 44 (PartIntG)
- 45 • Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz (BerlSenG)
- 46 • Gesetz zur Gleichberechtigung von Menschen un-
 47 terschiedlicher sexueller Identität (SexGlBerG).

48 **Da bisher Gewichtsdiskriminierung weder in den oben**
 49 **genannten Berliner Landesgesetzen berücksichtigt**
 50 **wird noch unter keine der im Landesantidiskriminie-**
 51 **rungsgesetz (LADG) genannten Merkmale vollständig**
 52 **eingliedern lässt, fordern wir hiermit die Aufnahme**
 53 **und Ausweitung der Berliner Landesgesetze auf das**
 54 **Merkmal Gewicht.**

55 **Die Lücke im Diskriminierungsschutz des Landes Berlin**
 56 **muss endlich geschlossen werden, sodass Klagen auf-**
 57 **grund von Diskriminierung des Körpergewichts rechts-**
 58 **wirksam sind.**

59

2 **A20/I/2018**

3 **Jusos**

4 **Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

7

8 **Weg mit § 219a – Für medizinische Informationsfreiheit
9 und die Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung**

10 Die SPD-Bundestagsfraktion hat vor den Koalitionsver-
11 handlungen zwischen CDU/CSU und SPD einen An-
12 trag zur Streichung des § 219a StGB eingebracht. Im
13 Zuge der Neuauflage der Großen Koalition mit der
14 CDU/CSU wurde dieser Gesetzentwurf von der SPD-
15 Bundestagsfraktion zurückgezogen.

16 **Wir akzeptieren nicht, dass die Freiheit medizinischer
17 Informationen und sexueller Selbstbestimmungsrechte
18 von Frauen dem Frieden in der Großen Koalition zum
19 Opfer fallen.** Für uns Sozialdemokratinnen und Sozial-
20 demokraten ist klar, dass sexuelle Selbstbestimmung
21 aller Menschen ein Grundrecht ist. Sexuelle Selbstbe-
22 stimmung kann nur dann gelebt werden, wenn alle
23 Menschen freien Zugang zu Informationen über medi-
24 zinische Behandlungen haben. Es darf nicht sein, dass
25 der „Lebensschutz“ der CDU/CSU dafür sorgt, dass Frau-
26 en in solch sensiblen und psychisch belastenden Situa-
27 tionen wie einer frühen Schwangerschaft die Informa-
28 tionen über ihre Möglichkeiten vorenthalten werden.
29 Nur ein freier Zugang zu medizinischen Informationen
30 ist Teil eines selbstbestimmten Lebens. Für uns Sozial-
31 demokratinnen und Sozialdemokraten ist dies ein nicht
32 verhandelbares Menschenrecht.

33 **Daher fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion unver-
34 züglich auf, sich für die Streichung des § 219a StGB ein-
35 zusetzen und den Antrag auf Abschaffung des Paragra-
36 fen im Bundestag erneut einzubringen!**

37 Der § 219a StGB kann und darf nicht weiter bestehen.

38

39 **Begründung**

40 **Rückblick**

41 Im November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel vom
42 Amtsgericht Gießen, nach § 219a des Strafgesetzbuches
43 (StGB), zu einer Geldstrafe in Höhe von 6.000 Euro ver-
44 urteilt. Grund der Verurteilung war, dass sie Frauen auf
45 ihrer Internetseite über Schwangerschaftsabbrüche in-
46 formiert hat.

47 **Gegenwärtige Situation**

48 Der § 219a StGB ist ein Gesetztext aus dem Jahr 1933 und
49 beinhaltet das sogenannte „Werbeverbot“ für Schwan-
50 gerschaftsabbrüche.

51 Ärztinnen und Ärzte, die Frauen die medizinische
52 Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen „an-
53 biet[en], ankündig[en], anpreis[en] oder Erklärungen
54 solchen Inhalts bekanntgeb[en]“, drohen Anzeigen und
55 eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei
56 Jahren.

- 1 Dabei sollen medizinische Informationen betroffene
- 2 Frauen aufklären und ihnen Möglichkeiten aufzeigen,
- 3 unter denen sie frei und selbstbestimmt entscheiden
- 4 können.